

Volksrecht

für Schlessien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition (Königsplatz 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volksrecht“, Neue Gruppenstraße Nr. 5 und Neue Taschenstraße 11, durch die Zweigstellen, Zigarrengeschäft Reichelt, Wollschürze 140, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten monatlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rmt. monatlich 1,75 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einzschl. Zustellungsgebühren 2,40 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschaltete Anzeigen als schließend 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Zeit 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellungsanzeigen, Vereins-, Besuchs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition (Königsplatz 4/6) oder in den Zweigstellen abgegeben werden

Halbgeöffnete Türen.

Französisch-belgisch-englischer Widerstand gegen Deutschlands Eintritt in die Mandatskommission.

Genf, 7. Juli. (Eigener Funkbericht.)

In dem Beschluss über die Wahl eines deutschen Mitgliedes stellt die Mandatskommission des Völkerbundes einmütig fest, daß sie über die politischen Gesichtspunkte der Frage sich nicht zu äußern habe. Was die technische Seite der Angelegenheit anbelangt, sehe sich die Kommission in eine Mehrheit und in eine Minderheit gespalten, wovon die erstere erklärt, daß der Wahl eines Deutschen nichts im Wege stehe, während die Minderheit, die sich aus dem französischen, belgischen und englischen Kommissionsmitgliedern zusammensetzt, auch dazu keine Meinung äußern will. Namentlich der Franzose und der Belgier sollen dabei, wie wir erfahren, den Standpunkt vertreten haben, daß die politischen und technischen Gesichtspunkte voneinander nicht getrennt werden können, während der Engländer zu der Auffassung hinneigte, daß eine Vermehrung der Zahl der Kommissionsmitglieder nicht zu empfehlen sei.

Zu diesem aufsehenerregenden Beschluss der Mandatskommission schreibt der „Vorwärts“:

„Seht stellt sich heraus, daß die Widerstände gegen eine auch nur indirekte Rückkehr Deutschlands in die Kolonialpolitik so stark sind, daß keine einheitliche Stellungnahme erfolgen konnte, sondern da das in Genf nur selten vorkommt, eine Spaltung eingetreten ist und zwei verschiedene Berichte dem Völkerbundsekretariat überreicht wurden. Schon diese bloße Tatsache ist für Deutschland sehr peinlich. Man wird sich über dieses mehr oder minder direkte Misstrauensvotum des französischen, des belgischen und des britischen Kommissionsmitgliedes um so mehr wundern können, als die Außenminister dieser Länder auf der letzten Tagung des Völkerbundesratesscheinbar ihre Zustimmung zum Eintritt Deutschlands in die Kommission gegeben hatten. Hier wurde also ein doppeltes Spiel gegen Deutschland getrieben. Das Bedauerliche und das Bedenkliche zugleich an dieser Wendung der Dinge ist, daß die Gefahr besteht, daß nunmehr die Frage des deutschen Kommissionsmitgliedes zu einer Prestige-Frage für Deutschland und vielleicht auch für die anderen Mächte wird. Sie droht sogar zur wichtigsten Streitfrage auf der September-Tagung des Völkerbundes zu werden, wobei wieder einmal die Hauptprobleme, die Deutschland interessieren — Abriandräumung usw. — ebenso wie im Juni völlig unter den Tisch fallen würden. Das war aber die Zulassung Deutschlands zur Mandatskommission, gegen die sich gerade vom Standpunkt des deutschen Interesses aus vieles einwenden läßt, wahrhaftig nicht wert. Der einzige konkrete „Erfolg“, den Dr. Stresemann zur Befähigung der Deutschenationalen noch in letzter Stunde in Genf herausgeholt und heimgebracht hat, könnte Deutschland noch teuer zu stehen kommen.“

Um die Militärattachés.

Franreich erhebt Einspruch gegen die englischen Wünsche.

Aus London kommen kurz hintereinander zwei Meldungen, die Aufsehen erregen müssen. Die englische Regierung hat sich damit einverstanden erklärt, daß die besetzten Mächte wieder Militärattachés nach London entsenden dürfen. Ein Prinz Hohenzollern trifft bereits nächste Woche in London als Vertreter Ungarns ein. Die Wilhelmstraße übt vorläufig noch Zurückhaltung. Sie zeigt nur wenig Interesse, auf die englische Forderung einzugehen. Dagegen agitiert die Rechtspreffe gegen das Berliner Auswärtige Amt. Sie wirft ihm Schwächlichkeit vor und verlangt, daß Deutschland sofort wieder Militärattachés nach den anderen Ländern entsende.

Die französische öffentliche Meinung ist bereits alarmiert. Die Rechtspreffe wendet sich mit scharfen Worten dagegen, daß Deutschland wieder Militärmissionen nach dem Ausland sende. Die Engländer dagegen wünschen nicht nur, einen deutschen Militärattaché in London zu haben, sondern auch einen englischen nach Berlin zu entsenden. Die Erwägungen über den Austausch von Militärattachés schweben schon seit einigen Monaten. Es ist kein Zufall, daß sie gerade jetzt in London bekanntgemacht werden. Sie sollen auch nach Moskau hin einen Wink darstellen, daß auch die europäischen Militärs wieder zusammenarbeiten. Gleichzeitig verfolgt damit London den Zweck, die Franzosen unruhig über den deutschen Nationalismus zu machen. Man hegt den französischen Spiegle, gegen den deutschen Front zu machen.

Die deutsch-französischen Beziehungen werden durch diesen diplomatischen Kampf um die Zulassung von deutschen Militärattachés um so mehr verdonnert als eine zweite Nachricht die militärische Zusammenarbeit zwischen London und Berlin noch intimer erscheinen läßt. Es haben 15 Reichswehr-Offiziere an dem Luftmanöver in Genf dieses Jahr zum erstenmal teilgenommen. Auch hiergegen protestiert die französische öffentliche Meinung heftig. Ein Befehlens unerschütterlicher Zug an diesen Vorgängen ist es, daß auch Italien daran beteiligt ist. Die italienische Regierung hat dem Marsch der Militärattachés zugestimmt, und zugleich haben auch italienische Offiziere an den gleichen Manövern teilgenommen, denen die deutschen Offiziere beimohnten. Der Chef des italienischen Fliegerwesens, Balbo, ist am Mittwoch in Berlin eingetroffen.

Diese Techtelmechtel der Militärs stellen noch keine politische Gefahr dar, aber sie haben einen Umfang angenommen, der die Politiker verpflichtet, die Anträge der Zusammenarbeit der Militärs nicht weitergehen zu lassen. Es darf keine Einheitsfront der Militärs gegen die Sowjetunion geben, und ebensowenig dürfen die deutsch-französischen Beziehungen durch solche militärischen Kombinationen belastet werden. Deutschland ist entwaffnet und muß sich von allen solchen Dingen sorgfältig fernhalten. Es wird sonst zum Spielball stärkerer Mächte.

Lord George gegen die Oberhausreform.

Der Misstrauensantrag der Arbeiterpartei im Unterhause abgelehnt.

London, 7. Juli. (Eigener Funkbericht.)

Das Unterhaus hat am Mittwochabend den Misstrauensantrag der Arbeiterpartei mit 362 gegen 167 Stimmen abgelehnt. Von den Konservativen enthielten sich 30 der Abstimmung. Im Laufe der Aussprache warnte Lord George die Konservativen vor der Durchführung ihrer geplanten Oberhausreform. Wenn durch sie nicht auch den Liberalen und der Arbeiterpartei eine Möglichkeit zu einer ihrer Stärke entsprechenden Vertretung gewährt werde, dann sei es nur natürlich, daß das Verlangen auf die Abschaffung des Oberhauses immer stärker werde. Lord George erinnerte schließlich an die jahrhundertelangen, schweren Kämpfe, die das englische Bürgertum um die Vorherrschaft des Unterhauses geführt hat und erklärte: „Ich war die Regierung, die die Rechte des Unterhauses verteidigte. Sollten diese Rechte geschwächt werden, so sind wir entschlossen, aufs neue zu kämpfen.“ Diese Kampfanlage wurde von stürmischem Beifall begleitet.

Eine Antwort an Tardieu.

Paris, 7. Juli. (Eig. Funkbericht.)

Bei der Sitzung des sogenannten Kleinen Kongresses hat am Mittwochabend der Präsident des Exekutiv-Komitees der Radikalsozialistischen Partei, Sarrau, eine Rede gehalten, die als Antwort auf die Rede Tardieus vom Sonntag angesehen werden darf. Er hat in derselben den Ruf Tardieus zur Gründung einer sogenannten Konzentrationspartei unter Ausschluß der Sozialisten abgelehnt. Darüber hinaus sei auch die Sozialpolitik der Radikalsozialistischen Partei in zahlreichen Punkten von derjenigen Tardieus grundlegend verschieden. Die Haltung der Radikalsozialistischen Partei zum Gewerkschaftsleben und Sozialismus und zu den Staatsmonopolen sei ebenso grundverschieden von derjenigen Tardieus. Unter diesen Umständen sei ein Zusammengehen mit der von Tardieu in Aussicht genommenen Mittelpartei seitens der Radikalsozialistischen Partei völlig ausgeschlossen.

Keine weiteren Meiserhöhungen?

Wie die „B. Z. am Mittag“ von unrichtiger Seite erfahren haben will, sind weitere Meiserhöhungen von der Regierung nicht geplant. Die schon im Mai dem Wohnungsausschuß des Reichstages zugegangene Denkschrift beschäftigt sich lediglich mit der Frage des Bauprogramms.

Die bestimmte Form der gestrigen Meldung zwingt gegenüber diesem Dementi zu einiger Vorsicht. Regierungsdementis sind uns allein schon durch Geßler so anrüchlich geworden, daß wir ihnen keinen besonderen Wert beizulegen vermögen. Am allerwenigsten bei dieser Regierung.

Berliner Rundgebungen gegen die Zollvorlage.

Die Sozialdemokratische Partei Berlins veranstaltete am Mittwochabend in ihrer größten Halle der Reichshauptstadt große Rundgebungen gegen die Zollvorlage der Reichsregierung. Nach Referaten der Reichstagsabg. Georg Schmidt, Robert Schmidt, Mathilde Wurm und Tony Sender wurde eine Entschließung angenommen, in der scharfster Protest gegen die von der Reichsregierung geplante Erhöhung der bereits bestehenden überhöhen Zölle auf die unentbehrlichsten Lebensmittel erhoben wird. Die einseitige Vertretung großkapitalistischer Interessen durch die Reichsregierung bedeute eine Provokation der arbeitenden Massen. Verlangt wird sofortiger Abbau der landwirtschaftlichen und industriellen Zölle. Vom Reichstage wird verlangt, daß er die neue Zollvorlage, deren Annahme Not und Hunger des arbeitenden Volkes noch steigern würde, zu Fall bringe.

Oktobertagung des Reichstages?

Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, legt das Zentrum großen Wert darauf, daß das Reichstagsgesetz schon in einer Sondertagung des Reichstages gegen Anfang Oktober beraten wird. Dieser Wunsch des Zentrums dürfte in der Sitzung des interfraktionellen Ausschusses der Regierungsparteien heute Nachmittag zur Erörterung kommen. Bisher läßt sich nicht sagen, ob auch die übrigen Regierungsparteien, vor allem die Deutsche Volkspartei, auf den Zentrumsvorschlag eingehen werden. Sollte die Sondertagung zustandekommen, so würde sie sich ausschließlich mit dem Schulgesetz befassen, da die Regelung der Beamtenbesoldung durch die vom Reichstage beschlossene Ermäßigung des Haushaltsausschusses als erledigt betrachtet wird.

Zur bevorstehenden diesjährigen Verfassungsfeier.

Die Bemühungen Preußens im Reichsrat und der Sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage um die Anerkennung des 11. August als gleichlichen Feiertages dürften bei der Regierungskoalition im Reich zurzeit zu einem Erfolg nicht führen. Die Regierungsparteien scheinen vielmehr entschlossen zu sein, die Erledigung dieser Frage über die großen Ferien hinauszuschieben, um die Gegenfrage, die sie unter ihnen hervorruft, im Augenblick nicht allzu offenkundig werden zu lassen.

Nach wie vor werden also auch in diesem Jahr die Länderregierungen die offizielle Feier des Verfassungstages von sich aus regeln, und zwar je nach den regierenden Koalitionen in sehr verschiedener Form — von freudiger Zustimmung bis zu feindlicher Ablehnung dieses Tages. Ein trauriges Bild partikularistischer Zerissenheit und ein Hohn auf das Wort von der Einigkeit der Stämme, in der sich das deutsche Volk eine freistaatliche Verfassung geschaffen hat! In Preußen wird es bei der Uebung bleiben, die seit nunmehr sechs Jahren besteht. Auch in diesem Jahr werden in Berlin von der Staatsregierung, in den Hauptstädten der Provinzen und Regierungsbezirke von den Leitern der Verwaltungsbehörden und schließlich in den mehr als 400 Kreisstädten von den Landräten in Verbindung mit den anderen Staats-, Reichs- und Kommunalbehörden Verfassungsfeiern abgehalten werden. Diese Feiern, die zum Teil als amtliche Feste unter Hinzuziehung von Vertretern der Bevölkerung, zum Teil erfreulicherweise ungewollt als Veranstaltungen weiter Kreise der Bevölkerung vor sich gehen, finden eine zunehmende Beachtung. Sie stellen eine der seltenen Gelegenheiten dar, bei denen sich unmittelbare Beziehungen zwischen der Beamtenschaft und der übrigen Bevölkerung im gemeinamen Dienst an der republikanischen Idee bilden können, und wirken als Prüfstein der Einstellung der Beamten zum neuen Staat sehr stark auf die Entwicklung des aus guten Freunden recht schwachen Vertrauensverhältnisses zwischen Volk und Behörden ein.

Im Breslauer Regierungsbezirk wird hoffentlich in diesem Jahre die Veranstaltung der Verfassungsfeier weniger kritikbedürftig sein, als das im letzten Jahre der Fall war. Gewiß ist die Stimmung eines Teils der Bevölkerung in manchen Gebieten des preussischen Ostens der Abhaltung von Verfassungsfeiern nicht durchweg günstig. Trotzdem hat die Veranstaltung von Verfassungsfeiern in manchen schlesischen Kreisen mit starken rechtsstehenden Gruppen im vorigen Jahre durchaus befriedigend erkennen lassen, das kluge, tatvolle und loyale republikanische Beamte dieser Schwierigkeiten Herr werden und diese Feiern wirkungsvoll und dem Geiste der republikanischen Staatsform entsprechend auszugestalten vermögen. Gerade da, wo breite Schichten noch nicht für die Gedanken des heutigen Staates gewonnen und noch in monarchistischen Ideengängen befangen sind, ist es Pflicht der Beamtenenschaft, für die republikanische Verfassung, zu deren treuer Befolgung sie sich irdlich verpflichtet hat, werbend einzutreten.

Eine solche Werbetatung ging leider von der in der Stadt Breslau im Jahre 1926 veranstalteten Feier nicht aus. Es ist noch in Erinnerung, mit welcher Schärfe diese von der Sozialdemokratie, vom Reichsbanner und von Anhängern der bürgerlichen Verfassungsparteien kritisiert werden mußte. Die Wahl eines der Reichsversammlung und ihren ideellen Grundlagen zum mindesten gleichgültig gegenüberstehenden Redners im Vorjahre hat in der republikanischen Bevölkerung tiefe Mißstimmung erregt und sich als schweren Mißgriff erwiesen. Wir erwarten, daß man in Breslau der Verfassungsfeier den Inhalt wiedergibt, den sie in früheren Jahren gehabt hat. Die abermalige Wahl eines Feiertages, der zur Reichsversammlung eine gleichgültige oder womöglich ablehnende Stellung einnimmt, würde ein Nachspiel haben, dessen man sich noch lange erinnern wird.

Dafür, daß die Stände des vorigen 11. August in einigen reaktionären Kreisen Mittelwestens sich in diesem Jahre nicht wiederholen, ist der Breslauer Regierungspräsident verantwortlich, er dürfte die Pflichten, die ihm als höchsten politischen Beamten des Bezirks in dieser Beziehung die Vorgänge des letzten Jahres auferlegen, richtig einschätzen. Bisher ist noch kein Jahr vergangen, ohne daß nicht wenigstens ein Kreis im Bezirk Breslau aus irgendwelchen Gründen die Veranstaltung der Verfassungsfeier nach den Absichten des Staatsministeriums überhaupt unterlassen hat. Die

Debatte über die Arbeitslosenversicherung.

Abstimmung am Donnerstag.

Die Sitzung wird um 13 Uhr vom Präsidenten Escher eröffnet. Ein Antrag auf Einsetzung eines Straßparlaments gegen einige kommunistische Mitglieder des Reichstags wird dem Geschäftsausschuss überwiesen.

Die Berichte des Rechnungsausschusses über die Berichte des Reichsausschusses 1924 und 1925 und die Rechnungen der preussischen Oberrechnungskammer über Einnahmen und Ausgaben des Rechnungshofes des Reiches werden debattelos zur Kenntnis genommen.

Das Haus legt dann die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Arbeitslosenversicherung fort.

Abg. Thiel (D. Vp.) begründet einen Antrag der Angehörigen der Reichs- und bürgerlichen Parteien auf Zulassung der Arbeitslosenversicherungseinrichtungen der Arbeitgeberverbände und deren Arbeitsnachweise.

Beim nächsten Abschnitt der Vorlage wendet sich

Abg. Schmidt-Röpenick (Soz.)

entschieden dagegen, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter mit langfristigen Verträgen und das sogenannte Gefinde aus der Versicherung ausgeschlossen bleiben sollen. Immer wieder sehen wir, daß die Landarbeiter unter Ausnahmebestimmungen gestellt werden. Es ist überhaupt erst der Regierung der Volksbeauftragten zu verdanken, daß die Gefindebestimmungen aufgehoben wurden. Es ist eine ganz falsche Auffassung, wie früher immer behauptet wurde, daß es in der Landwirtschaft gar keine Arbeitslosigkeit gebe. Wir verlangen, daß auch die sogenannten Faktensicherer, die zwar keinen eigentlichen Arbeitslohn erhalten, aber trotzdem als Arbeitnehmer anzusehen sind, in die Versicherung einbezogen werden. Wenn unsere Forderungen, daß die Landarbeiterschaft allgemein in die Versicherung aufgenommen werde, also auch die mit langfristigen Verträgen, nicht erfüllt sind, so müssen zum mindesten die landwirtschaftlichen Arbeiter, wie unser Antrag es will, vor rigoroser Entlassung geschützt werden. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Auch das sogenannte Gefinde muß durch eine sechsmonatige Kündigungsfrist geschützt werden. Mit Recht wird in einem bayrischen landwirtschaftlichen Organ gesagt:

Behandelt und bezahlt eure Arbeiter anständig, dann habt ihr keine Leutenot!

Dort wird auch festgestellt, daß das Angebot von Arbeitskräften die Nachfrage weit übersteigt. Das Bayerische Ministerium hat 1925 einen Aufruf erlassen, in dem gesagt wird, daß häufig im Herbst die Landarbeiter entlassen werden, weil die Besitzer den Vorrat sparen wollen. Aus den vielen Beispielen dieser Art ergibt sich, daß es ganz falsch ist, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter aus der Arbeitslosenversicherung herausgelassen werden. Denn viele Gutsbesitzer haben wohl Geld für Stimmentauf, für politische Beeinflussung der Landarbeiter, für die Bekämpfung des Landarbeiterverbandes übrig, aber wenn es sich um die Einbeziehung der Landarbeiter in die Arbeitslosenversicherung handelt, dann ist kein Geld da. Aber verlassen Sie sich darauf, rief der Redner zum Schluß der Reden zu, wir werden den Landarbeitern draußen sagen, wo ihre Feinde sitzen. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Fehr von Stauffenberg (Dnat.) behauptet, in der Landwirtschaft bestehe Mangel an Arbeitskräften, so daß ein Bedürfnis nach Arbeitslosenversicherung nicht vorhanden sei. Die Versicherungsbeiträge sollten sich auch auf die rein landwirtschaftlichen Gärtnereien erstrecken.

Geheimrat Dr. Weiger vom Reichsarbeitsministerium erklärt dazu, die Begriffsbestimmung der Gärtnereien sei ziemlich schwierig. Die Erwerbslosenversicherung, welche den landwirtschaftlichen Gärtnereibetrieben zuzurechnen ist, aber nicht diejenigen Gärtnereien, in denen Blumenzucht, Pflanzenerzelen usw. getrieben wird. Eine weitere Abgrenzung werde sich aus der Sprachpraxis der Arbeitsämter ergeben.

Abg. Obendiefel (Komm.) verlangt die Einbeziehung aller Land- und Forstarbeiter und der Kleinbauern und Kleinfischer in die Versicherung.

Abg. Grothwohl (Soz.)

Der nackte Erhaltungstrieb von Staat und Wirtschaft zwingt dazu, den Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit zu sichern. Würde die Arbeitslosenversicherung verschwinden, so würde nicht nur das Gesamteinkommen der Arbeiterschaft sinken, sondern auch das Lohnniveau der einzelnen Arbeiter gesenkt werden. Aus genügt die Subventionierung des Reiches an die Arbeitslosenversicherung in der bisherigen Höhe nicht. Wie hoch sie sein soll, wird freilich in massenhafter Weise entschieden, und je nachdem, ob die Versicherung jetzt mit oder gegen die Arbeiterklasse verabschiedet werden soll, wird sich ihr Gehalt gestalten.

Außerordentlich schwierig ist die Auslegung des Begriffs der Arbeitswilligkeit. Unsere Bestrebungen, die vorgesetzene Strafzeit bei Arbeitsunwilligkeit herabzusetzen, sind leider fehlerhaft.

Wir wenden uns auch gegen den Zwang zur Pflichtarbeit und beantragen die Streichung des entsprechenden Paragraphen.

Es gibt keine Arbeit, die nicht im ordentlichen Arbeitswege erledigt werden könnte. Außer solcher Wille können Arbeitsverhältnisse entstehen, die dem Gedanken der modernen Arbeitsverfassung widersprechen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Eine der am meisten unstrittenen Fragen in allen Ländern ist die Behandlung des Streiks. In dieser Frage stehen wir uneingeschränkt auf der Seite der Arbeiter und der Gewerkschaften. Der Versicherte soll gegen jede ohne sein Zutun und ohne seinen Willen entstandene Arbeitslosigkeit geschützt werden. Das muß also auch in den Fällen geschehen, wo der Versicherte gar nicht an Arbeitslosigkeit beteiligt ist. Für die Erwerbslosenunterstützung bei Streik oder Aussperrung darf niemals die Betriebsgemeinschaft als das Entscheidende angesehen werden. Der Staat hat auch hier die Verpflichtung, sich des wirtschaftlich Schwächeren, also des Arbeiters anzunehmen.

Gegenüber dem bisherigen Zustand bedeutet die Heraushebung der Beiträge von 13 auf 26 Wochen eine außerordentliche Verschlechterung. Die Beitragsdauer muß auf 52 Wochen heraufgesetzt werden. Was aber soll mit den Ausgesteuerten geschehen, wenn die Krisenfürsorge befristet wird? Im vorliegenden Gesetz sind die Bestimmungen darüber sehr beherrschbar, wir beantragen eine ganz präzise Fassung. Die augenblickliche Krise zeigt uns, daß die Unterbringung langfristiger Erwerbsloser außerordentlich schwierig ist. Wir müssen einen Damm gegen die Verelendung dieser Volksgegnossen errichten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Nach langen Erwägungen hat sich die Sozialdemokratie auf den Boden der Staffelung der Unterstützung nach Lohnklassen gestellt. Einmal ist diese Staffelung bei allen anderen Versicherungsweigen durchgeführt, außerdem zahlen die Arbeiter ja auch gestaffelte Beiträge und schließlich ist auch unter den Arbeitern die Lebenshaltung noch ganz verschieden. Aber wir verlangen, daß in den untersten Klassen die Leistungen wesentlich erhöht werden. Die Zahl der von den niedrigen Unterstützungen betroffenen Arbeiter ist gar nicht so gering. Aber die Arbeitslosen wollen nicht allein ein gutes Versicherungsgeleit, sondern sie verlangen letzten Endes Brot. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Frau Krenschke (Komm.) lehnt die Einführung von Lohnklassen ab und beantragt einen einheitlichen Unterstützungslohn, der auch bei Streiks und Aussperrungen gezahlt werden soll.

Abg. Schneider-Berlin (Dem.) bezeichnet die Leistungen als unbedeutend und beantragt die Erhöhung der Hauptunterstützung um 5 Prozent.

Abg. Andre (Zent.) begründet gegenüber der Kritik der Finken die Höhe der niedrigsten Lohnklasse damit, daß eine Heberziehung der Lohnhöhe durch den Unterstützungslohn vermieden werden sollte.

Die Ausprache wird hier unterbrochen durch die Abstimmungen über die bisher erörterten Abschnitte.

Während der Abstimmungen erläutert der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns den § 22a dahin, daß bei der Stellenbesetzung für die Arbeitsämter die Inhaber eines Berufszeichens nicht ausgeschlossen, aber auch nicht bevorzugt werden sollen.

Die ersten beiden Abschnitte des Gesetzes werden in der Ausschussfassung unter Ablehnung der Vorschlagsanträge angenommen.

Es folgt die Beratung der nächsten Abschnitte, die das Unterstützungsverfahren und die Aufbringung der Mittel betreffen.

Abg. Janisch (Soz.)

weist auf die ungenügende Regelung des Unterstützungsverfahrens bei Arbeitern hin, die von Stilllegungen betroffen werden. Der Redner kritisiert dann die in der Vorlage getroffenen Bestimmungen über die Verteilung und Verwendung der Mittel. Leider sind die Verbesserungsanträge der Sozialdemokraten im Ausschuss abgelehnt worden. Die Geldstrafen, die bei Fortsetzung der gewerblichen Arbeitsvermittlung angedroht werden, sind nicht ausreichend.

Abg. Berg (Komm.) begründet eine Reihe von Änderungsanträgen zu den einzelnen Paragraphen. Der Redner wird zur Ordnung gerufen, weil er den Abg. Aufhäuser der Länge bezichtigte.

Der Rest der Vorlage wird unter Ablehnung der von den Sozialdemokraten gestellten Anträge in der Fassung des Ausschusses mit geringen Änderungen angenommen.

Dem damit verbundenen Gesetzentwurf zur Änderung der Reichsversicherungsgesetzgebung wird ohne Ausprache zugestimmt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über Kriegsgeräten. Ein nationalsozialistischer Antrag, die Vorlage zurück-

schleissche Sozialdemokratie wird, wenn sich ein solcher Vorgang in diesem Jahre im Breslauer Bezirk wiederholt, die Überweisung des dafür verantwortlichen Landrats verlangen und durchzusetzen wissen. Im vorigen Jahre haben unsere Verfassungskomitees stattgefunden, die in ihrer Gestaltung geradezu einen Hohn auf die Weimarer Verfassung bedeuteten. Die Kreise Groß-Wartenberg und Müllisch leisteten sich dabei das Höchstmögliche an Provokation der Republikaner. Es ist für die leitende politische Stelle des Bezirks noch mehr als ein Monat Zeit zur Feststellung, ob das Gesamtprogramm des Festes, die Wahl des Festredners, die Ausschmückung des Saales und die anderen in Betracht zu ziehenden Umstände die Gewähr für einen würdevollen Verlauf der Feste bieten. Auch der Verfallung der Amtsgelände und der Schulen mit der Reichsfahne wird Aufmerksamkeit zugewendet werden müssen.

Eine gute Vorarbeit der verantwortlichen Stellen kann eine gute und vollstimmliche Ausgestaltung der Feste der republikanischen Reichsverfassung am 11. August sichern und damit den republikanischen Gedanken fördern und stärken. Sie vermag zu verhindern, daß eine berechtigte Kritik, die eine bei dieser Gelegenheit zutage tretende politische Unzuverlässigkeit zu geißeln und der Abwendung preiszugeben verpflichtet ist, ein Feld der Betätigung findet.

Die bayrischen Gemeinden vor dem finanziellen Zusammenbruch.

Der bayrische Finanzminister gegen die Reichsregierung.

München, 5. Juli. (Sig. Drahtbericht.) Die bayrischen Gemeinden und die übrigen Selbstverwaltungskörper stehen vor dem finanziellen Zusammenbruch, weil ihnen der bayrische Staat die Mittel zur Fortexistenz seit Jahren derart verweigert hat, daß sie sich nur durch Schuldenmachen über Wasser halten konnten. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat deshalb am Dienstag die Regierung darüber interpelliert, wie in letzter Stunde dieser Zusammenbruch aufgehalten werden kann. Die Antwort der Regierung war dilatorisch; positiv war nur das eine, daß die im vergangenen Jahre den Gemeinden weggenommenen 16 Millionen Mark Umlageanteile, die restlos der Landwirtschaft zugute kamen, entgegen dem leichten Verzicht des Landtags auch für die nächsten Jahre vom Staat zurückgehalten werden sollten. Den Gemeinden soll vorläufig durch eine bessere Verteilung der Umlageanteile und die Erleichterung neuer Einnahmequellen geholfen werden.

Das Wesentliche der Landtagsverhandlungen war aber, daß der neue Finanzminister Dr. Schmeltz die Gelegenheit zu einer Programmsrede benutzte, die zu einer scharfen Kampfanlage gegen die derzeitige Reichsregierung wurde. Zunächst lehnte er den Finanzausgleich als vollständig unbefriedigend ab, obwohl er Bayern rund 38 Millionen Mark Mehrerträge zuweist. Die jetzige Fassung des § 35 des Finanzgleichgesetzes (Verteilung der Einkommen- und Körperschaftsteuern nach dem Aufkommen) führe unmittelbar zum Ruin Bayerns. Der Untergang des bayrischen Staates habe aber zwangsläufig auch den Untergang Preußens, Sachsens und der übrigen Länder, die heute gegen Bayern kämpfen, im Gefolge. Mit noch größerer Schärfe lehnte Dr. Schmeltz im Namen der bayrischen Regierung das geplante Rahmensteuergesetz des Reiches ab, weil das ganze Reich dadurch in eine Zwangsjacke gepreßt würde, die den letzten Rest staatlicher Selbstständigkeit zerstöre. In diesem Zusammenhang behandelte der Finanzminister das Problem Unitarismus - Föderalismus und erklärte, daß Bayern, sollte es, was es wolle, an dem Grundgesetz der Weimarer Verfassung festhalten, der das Reich zur Erhaltung der Einheit verpflichtet. Wer die Lösung der gegenwärtigen großen Finanzfragen nicht auf dem Grundgesetz der Erhaltung der Länder beruhe, der begehe Verfassungsverbrechen, und darüber drohe ein Kampf zu entbrennen, der die größte Gefahr für den Bestand des Reiches bilde. Was sich gegenwärtig im Staatsvolk der Bayern zu vollziehen drohe, sei eine Tragödie von epischer, geschichtlicher Größe.

Die Sozialdemokraten blieben dem Minister die Antwort nicht schuldig. Vor allem wiesen sie auf die Zweipartigkeit dieser bayrischen Regierungskomité hin, die darin besteht, daß die scharfe Beurteilung der Reichspolitik gegen Bayern ausschließlich den Bürgerblut im deutschen Reichstage trifft, an dem die bayrischen Regierungsparteien in entscheidender Weise beteiligt sind. Die Antwort auf diesen ungeheuerlichen politischen Betrug wird das Volk bei den nächsten Wahlen erteilen.

Das Phantom der Rue Michel-Ange.

Von Henry Bordeaux.

Allienberechtigte Uebertragung aus dem Französischen von Johannes Kunde.

28] „Auf beiden, dann springt sich um so besser.“
Er merkte den Spott nicht und begann die neuen Tänze zu preisen. Ich sah, wie fern wir der Mirabeaubrücke waren; er zog mich nach der Avenue Mozart.
„Ich lehre nicht nach Versailles zurück, sondern gehe zu einem „dancing“ in der Rue Camartin.“
„Ah, Sie opfern der Mode.“
„Es ist eine Festsetzung. Ich habe dort die Frau dieser „Kunststippe“ getroffen, welche manamat zu den Palais kommt. Wissen Sie, der, welcher Geschichten von früher erzählt, als wenn sie vorgekommen wären.“
„Nevolle.“
„Sehr richtig. Frau Nevolle ist eine entzückende Frau. Eine Dame von Welt.“
Er entdeckte die Weltbame. Es wurde entschieden Zeit, daß er heiratete, denn er begann, wie ich fürchtete, seine Angehörigen schlecht anzusehen. Im jugendlichen Ungehörigen fand er schäbige Auswege für seine Wünsche. So knist sein Beizeh war, hatte er doch etwas Invaliderheit Bescheidendes, das ich mit Gedankhaftem, Goldbesatz demüthigte. Von der Weltform der verabschiedenden Straßenbahn, die er wie eine Redoute nahm, rief er mir aus: „Erkundigen Sie sich.“
Seine Idee ließ ihn nicht los. Ich konnte die Freigebigkeit der Palais zu gut, um seine Besorgnisse über diese Ehe zu zerstreuen zu können; es wäre am Plage gewesen, ihn ein bißchen Ruhe, Vertrauen und auch Takt zu lehren, aber ich empfand - ich gefühle es - ein etwas boshaftes Vergnügen, ihn so abzuwickeln zu lassen.
Einige Tage darauf besuchte mich ein telephonischer Anruf nach der Rue Michel-Ange. Welche hatte mir eines mitgeteilt. Ich begann mich eilig auf letztes Anrufgespräch zu beziehen und sah im Arbeitskabinett mit gerötetem Gesicht, lebhaften Augen und einem heiteren Lächeln, der mich belogt machte.
„Ah, mein Freund“, rief er, als er mich erblickte, „Sie sehen einen glücklichen Mann.“
Was war geschehen? Hatte sich Suzanne doch zum Zölibat verurteilt? Oder unterlag sie wirklich einem schrecklichen Einfluß, der sie zwang, gegen ihre geheiligten Wünsche zu brechen? Ich

ich an Jean Falaise dachte, erwartete ich nicht ohne Besorgnis die Eröffnungen meines Freundes:

„Nun also: ich behalte meinen Sohn.“

Er behält seinen Sohn? Mit dem Grad seiner Verzerrung vertraut, konnte ich diese dunkle Sprache leicht überlegen: Suzanne heiratete nicht ihren Leutnant. Sie hatte zugunsten des Toten ergriffen. Das war unglücklich. Meine ganze Kombination brach zusammen: das junge Mädchen nicht die definitiv bei den Falaises ein, zwischen den uneinig gewordenen Gatten, die sich bald nicht mehr würden vertragen können. Denn Jean Falaise fühlte sich bei aller Sanftmut und Geduld dem Wahnsinn nicht mehr fern, sie, die zwischen wahnhaften Mobsen, sprechenden Tischen, Unterhaltungen mit dem Jenkiss und Ergehungen leben mußte. Erschreckt durch diesen letzten guten Humor war ich außerstande, um eine genauere Mitteilung zu erlangen.

Aber diese Mitteilung wurde mir gleichwohl - nach einer längeren Abweisung in keinem Sinn - alsbald geliefert:

„Ah, mein Herr Steptier, Sie verlangen den Beweis über unseren Verkehr mit dem Kaiserlichen. Hier haben Sie einen sehr wichtigen Befehl. Sie, daß Sie damit nicht rechnen. Aber ich war meiner Sache sicher. Sie dachten im Stillen: „Diese Suzanne Giroux ist eine Intrigant; sie spielt Komödie; nichts ist leichter, als einen Trancezustand zu simulieren und mit Hilfe der Medizinik seinen eigenen Willen diesen angebliehen, aus dem Jenkiss erhaltenen und übermittelten Postskripten zu subvertizieren.“ Sie bildeten sich außerdem ein, daß - ungeachtet der vielen Versuche, deren Resultate heute wissenschaftlich feststehen - das Medium die Freiheit hat, zu schreiben, was es will. Sätze, die es seinen Hirn einstimmt, auszusprechen. Sie lehnen sich dagegen auf, wenn wir Ihnen beweisen, - weil wir es ja schon oft konstatieren haben -, daß eine unbekannte Kraft sich des Armes des Mediums bemächtigt und es zwingt, automatisch zu schreiben, oder daß ein fremder Geist sich seiner Persönlichkeit subvertiziert und durch seinen Mund redet, ohne auch nur den Klang der Stimme zu entleeren. Nun, werden Sie dieses Mal überzeugt sein? Suzanne Giroux broadete nur ein einziges Wort zu sagen, um den Leutnant Falaise zu erlösen. Auf meine Frage hätte eine bejahende Antwort geantwortet. Vor einem Jahr würde ich mich gebogen haben, denn mein Glaube hat es nicht nötig, meinen Wünschen langsame Mitteilungen zu vernachlässigen. Ich hätte mich nicht ohne Schmerz, aber nicht gegnert, mich zu fügen. Und ich würde dem jungen Mädchen die Freiheit gegeben haben, wie ich es versprochen. Wollen Sie mit mir erlauben, warum Sie mit „Sein“ grammatisch hat?“

Ich fand in der Tat für den Augenblick keine Erklärung. Später dämmerte mir eine Ahnung. Aber Falaise ging endlich zum Bericht über, nicht in der klassischen Manier des Lehrmens, sondern in fragmentarischen Bruchstücken:

„Ich war also gestern Abend mit Suzanne in der Avenue de Bagram.“

„Avenue de Bagram?“

„Ja, dort ist das Lokal für unsere Sitzungen. Man soll nicht wechseln. Die Geister haben ebenfalls ihre Gewohnheiten und lassen unseren Bitten lieber an dem als an jenem Ort Folge. Maxalle sollte uns dort treffen. Er ist ein ausgezeichnete Konjunkturer, übermittelt unsere Fragen, folgt den mündlichen Kurven, die uns die unsichtbare Kontrolle amfängt und versteht, mit eindringlicher Geschicklichkeit wieder auf seinen Ausgangspunkt zurückzukommen. Einen besseren Dolmetscher könnte man gar nicht finden. Aber seit keine Frau ihn nicht mehr begleitet, habe ich eine gewisse Depression an ihm bemerkt.“

„Frau Maxalle begleitete ihn nicht mehr?“

„Sie verfuhr nicht mehr über eine Minute, denn sie tanzt nachmittags, abends und nachts.“

Und ich dachte: „folgt nicht jeder seinem Wahnsinn. Die einen tanzen, andere befragen die Arguren, die einen vergessen, die anderen machen mit der Erinnerung, was sie wollen. Können denn die armen Menschen Schmerz und Tod nicht mehr schlicht hinnehmen? Und sollte der gesunde Menschenverstand, der schon im Kriege teilen war, im Frieden noch teilener zu finden sein? Bemerkte dieser Falaise, der die Hartheit der Frau Maxalle klar erkennt, denn nicht seine eigene?“

„Indessen beruhigte er weiter:“

„Hinter dem Vorhang bereitete sich Suzanne vor. Ich konzentrierte gleich, als sie zu antworten begann, daß sie in „Trance“ verfallen; aber auch aufgeregt, unruhig, gleichsam durch einen Kampf mit dem Unsichtbaren verwirrt war. „St Georges das?“ fragte Maxalle dringlich. - „Er kommt! Er kommt! Aus der Ferne macht er Zeichen, daß er naht. Ich weiß nicht, er will nicht kommen. Aber Raymond! Raymond! Raymond! Er ist ein Entkörperter, der sich oft in unseren Verkehr einmischt. Er ist der Sohn eines anderer Freunde, der an der Sonne fiel. Es währte sehr lange. Wir mußten viel Abwechslungen hören, viel uns unerschöpfliche Vorlesungen. Sie begreifen: uns fehlt noch der Schlüssel zu diesen unterirdischen Benachrichtigungen. Viele Dinge entgegen uns. Wenn wir sie erst kennen, gibt es vielleicht kein Mysterium mehr. Wir werden dann wissen, wie wir uns im Leben unter der Führung der Geister zu verhalten haben.“ (Fortsetzung folgt.)

Wilhelm Bloß

Stuttgart, 6. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Wilhelm Bloß ist am Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, im Krankenhaus Stuttgart an den Folgen des Gehirnschlags, den er am Donnerstag vor Oetern erlitten hat, verstorben.

Wilhelm Bloß gehörte zu den führenden Persönlichkeiten der deutschen Sozialdemokratie, die noch mit den Begründern ihrer Theorie, Karl Marx und Friedrich Engels, verbundene Fühlung gehabt und an dem organisatorischen Aufbau der Partei, an der Verwirklichung ihres alle Verfassungen überwindenden Aufstiegs in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts selbst mitgewirkt haben. Als Mensch wie als Politiker war Wilhelm Bloß ein Mann von großer Energie, in der er sich auch stets am wohlsten fühlte. Dort, wo die blaue Taube in den grünen Wein sich ergießt, wo sich über Fluß und Tal die Ausläufer des Oberwäldes und des Speßarts erheben, dort liegt, wie er es einst selbst beschrieben hat, seine liebe alte Vaterstadt Wertheim, in der er am 5. Oktober 1849 als der Sohn eines Arztes geboren wurde. Nach einer insofern von gewöhnlichen in der Familie wenig glücklichen verlaufenen Kindheit konnte er ein paar fröhliche Studentenjahre an der Universität Freiburg i. Breisgau verbringen, ohne jedoch mit seinem Studium ein bestimmtes wissenschaftliches Ziel zu verfolgen.

Äußere Gründe zwangen ihn zum vorzeitigen Abbruch des Studiums und nach einem kurzen Intermezzo als Zollbeamter und Kaufmann wurde Bloß Journalist. Ueber einige demokratische Blätter in Konstanz, Oberndorf a. N., Würzburg, Tübingen und Nürnberg hinweg, an denen er während des deutsch-französischen Krieges tätig war, die aber nach dessen Beendigung durch die einsetzende nationale Strömung stark beeinträchtigt wurden, kam Bloß zur Sozialdemokratie, zu der sich damals noch der mit ihm befreundete Karl Memminger zählte. Außer mit diesem verkehrte Bloß in Nürnberg besonders eng mit Karl Grillenberger und Jakob Scherm und trat in jener Zeit der „Internationalen Arbeiterassoziation“ als Mitglied bei. Im Jahre 1872 berief ihn Wilhelm Bracke als Redakteur an den „Braunschweiger Volksfreund“, im Jahre 1873 übernahm er auf den Wunsch der Parteileitung in Hamburg die Leitung des „Volksstaats“ in Leipzig, weil Friedrich seine im großen Hochverratsprozeß erhaltene zweiwöchige Zeitungsfrist in Hupertusberg antreten mußte war eine kurze Zeit in Frankfurt a. M. und Mainz tätig, um zuletzt von August Geib an das „Hamburg-Mitauer Volksblatt“ berufen zu werden.

In diesen Jahren kam er auch stärker in die eigentliche Werberarbeit der Partei hinein und so wurde ihm die Reichstagskandidatur für Reuß i. L. übertragen, wo er im Januar 1877 gewählt wurde. Dem Reichstag hat er später für den Wahlkreis Braunschweig, der ihm auch das Amt eines Verlegers des dortigen Blattes übertrug, 1877/78, 1881/87 und von 1890 bis 1918 angehört. Als das Sozialistengesetz ausbrach, lenkte er seine Schritte wieder der südlichen Heimat zu, was ihm durch die Aufforderung von Heinrich Dieck erreicht wurde, an dem in Stuttgart zu begründenden Verlag mitzuwirken, der die Reste des Hamburger und des von Motzler in Leipzig geführten Parteiunternehmens in sich vereinigte. Bloß' humoristisch-litrische Veranlagung und poetische Begabung kamen den Absichten von Dieck entgegen, der den „Wahren Jakob“ begründet hatte und ihn zu einem Blatt von außergewöhnlich großer Verbreitung in ganz Deutschland auszugestalten verstand.

Zu den Jahren, die Bloß in Stuttgart verlebte, von einer kurzen Unterbrechung abgesehen, während der er in Bruchsal wohnte, hat er die Werte geschrieben, die seinen schriftstellerischen Ruf begründet haben. Als Politiker wollte er in der Partei stets positive, politische Arbeit geleistet wissen. Im Reichstag sprach er nicht häufig, meist nur dann, wenn die Kenntnis geschichtlicher Vorgänge dabei erwünscht war. So war er der Sprecher der Fraktion beim Jesuitengesetz, gegen das er mehrere sehr beachtete Reden gehalten hat. Den politischen Höhepunkt seines Lebens brachte dem schon fast Siebzighjährigen der 9. November 1918, an dem der Weltkrieg durch den Zusammenbruch der deutschen Heeresleitung beendet wurde und die Monarchisten in Deutschland zu Fall kamen. Durch das Vertrauen der wirklichen Parteigenossen wurde er an die Spitze der provisorischen Regierung berufen, in der schon im voraus die zukünftige Weimarer Koalition ihre lebensvolle Verwirklichung erfährt und Gelegenheit zur Bewährung erhielt.

Der Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen bei den Wahlen im Mai 1920 veranlaßte die deutsche Sozialdemokratie, ihre Vertreter aus der Reichsregierung zurückzuführen. Die württembergischen Parteigenossen beschloßen daraufhin das gleiche für die Landesregierung, obwohl ein unmittelbarer Anlaß dazu nicht vorlag. Die Weimarer Koalition verfügte auch im neuen Landtag über eine geschlossene Mehrheit und die anderen zu ihr gehörenden Parteien sprachen wiederholt den dringenden Wunsch aus, daß die Sozialdemokratie auch weiterhin in der Regierung bleiben möge. Man sicherte ihr auch fernerhin das Amt des Staatspräsidenten sowie das Ministerium des Innern zu. Aber die Parteiorganisation verbarnte bei ihrer ablehnenden Haltung. Der damit begangene Fehler, der sich als folgenschwer erwies, hat, ist später von der Partei erkannt worden. Bloß haben die sich hieraus ergebenden Konsequenzen, besonders die Preisgabe einer fruchtigen Kampfposition, die die Partei in der Hand hatte und die sie in den bevorstehenden vier Jahren einer ruhigeren Gestaltung der Verhältnisse hätte setzen und ausbauen können, persönlich sehr bitter empfunden. Das hat wohl zu Vermutungen geführt, schmäler aber den Dank nicht, den die Partei Wilhelm Bloß für die Arbeit seines ganzen Lebens, besonders dafür schuldet, daß er sich ihr in jüngerer Stunde noch in hohem Lebensalter zur Verfügung gestellt und dadurch ihr und dem ganzen Volke überaus wertvolle Dienste geleistet hat.

Nach dem Ausscheiden aus dem Amt hat Bloß sich in der Hauptsache nur noch literarisch betätigt. Am Donnerstag vor Oetern erkrankte er und mußte, da sich sein Zustand verschlimmerte, am 30. April ins Krankenhaus überführt werden. Seine kräftige Natur hat sich noch lange gewehrt. Nun hat der Tod seinem arbeitsreichen Leben ein Ziel gesetzt.

Kleine Auslandsnachrichten.

Rücktritt des polnischen Finanzministers? Der Agentur „Barlavia“ zufolge spricht man in Regierungskreisen von dem bevorstehenden Rücktritt des polnischen Finanzministers.

Schlichtung für politische Gefangene in Frankreich. Justizminister Barthou legte dem Ministerrat einen Gesetzentwurf über die Haftmilderungen für politische Gefangene vor, wie sie in der Öffentlichkeit, besonders nach dem Hungerstreik kommunistischer Gefangener, gefordert waren.

Antiholländische Propaganda in Brüssel. Nach einer im „Journal“ veröffentlichten Agenturmeldung aus Brüssel sind in der Nacht zum Dienstag etwa hundert kleine Zettel an die Mauern der Kanäle und des Gehäuses der holländischen Gesandtschaft in Brüssel angeklebt worden, die in französischer und niederländischer Sprache die Worte enthielten: „Wir wollen unsere Schokolade!“ Es sei zu einigen Zwischenfällen zwischen den Belgiern, die beim Ankleben der Zettel getroffen wurden, der Polizei und Holländern gekommen. Die Zettel seien am Dienstag vormittag entfernt, und auf Befehl der Regierung sei die Polizei vor der Gesandtschaft verhaftet worden.

Veränderung des passiven Wahlrechts in Berlin. Das preussische Parlament hat ein Gesetz angenommen, demzufolge es Rabinetsminister, Unterstaatssekretäre und Leiter von Regierungsämtern während ihrer Amtsdauer verboten ist, sich im Parlament wählen zu lassen. Parlamentsmitgliedern ist in gleicher Weise verboten, eine Parteistelle zu übernehmen.

Es sind jetzt ziemlich genau 5 Jahre her, daß Walter Rathenau aus diesem Hause als Vater hinausgetragen wurde. Am 24. Juni 1922 sind die tödlichen Schüsse gefallen. Am 23. Juni, also einen Tag vorher, hat der Abg. Hesse eine Anklage gegen den Minister Rathenau, die ihn politisch und moralisch verurteilt hätte, gehalten. In dieser mit leidenschaftlichem Temperament vorgetragenen Rede, hat Herr Hesse eine Note verlesen, die Rathenau am 9. Mai 1922 ergehen ließ, und in der die deutsche Regierung sich dazu bereit erklärte, wegen gefeßgeberischer Schritte mit den Alliierten sich ins Benehmen zu setzen. Hesse verlas den französischen Text der Note und konstruierte einen Gegenjah mit dem deutschen Text, und behauptete weiter, daß auf diese Weise die Souveränität des deutschen Reiches verraten worden solle. Mit gewaltiger Leidenschaft rief er aus, es sei die schwerste Verletzung der Souveränität, die überhaupt denkbar sei, wenn die Regierung des Reiches einer fremden Kommission vorschläge, daß mit ihr über die Schaffung von Gesetzen verhandelt werden solle. Auf der rechten Seite wurde diese Rede mit stürmischer Entzückung aufgenommen. Zwei Tage darauf war Rathenau eine Leiche.

Zeit und Ort im Begriff, ein Gesetz anzunehmen, auf das die Charakterisierung Hesse'schen vollkommen zutrifft.

Wir wollen den Mut haben, den Tatsachen ins Gesicht zu sehen. Wir verzichten mit dieser Vorlage auf die Souveränität des Reiches. Und während wir hier über diese Dinge verhandeln müssen, werden in der Weisse Dispositionen darüber geführt, ob wir militärische Attaches bekommen sollen oder nicht!

Nur weiß wir auf dem Verhandlungswege die im Verfallenen Vertrag versprochene Entwaffnung auch der anderen Staaten erreichen wollen, stimmen wir für die Vorlage.

Die völkischen Abgeordneten von Reventilo und Hennig lehnen die Vorlage ab, während der demokratische Abg. von Richtig dem Gesetz zustimmt. Darauf wird die Vorlage in zweiter und dritter Lesung mit den Stimmen der Regierungsparteien, der Sozialdemokraten und der Demokraten angenommen. Der völkische Antrag, die Ausführung des Gesetzes bis zur Räumung der besetzten Gebiete zu vertagen, wird abgelehnt.

Die von der Sozialdemokratie beantragte namentliche Schlußabstimmung findet am Donnerstag statt. Um 20 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag 14 Uhr. Dritte Lesung der Arbeitslosenversicherung, namentliche Abstimmung über das Kriegsgerätegesetz, kleinere Vorlagen.

Auferstehung des Mittelalters.

Nachdem den ehemaligen deutschen Fürsten ihr Raubzug auf die Taschen der verarmten Steuerzahler so glänzend gelangt ist, konnte es ja nicht ausbleiben, daß sich auch die „Standesherrn“, all die Fürsten, Prinzen und Erbkrafen ohne Land, werden würden, um ihre „berechtigten“ Forderungen an die Deutsche Republik geltend zu machen. Daß diese Standesherrn in der Vorkriegszeit nicht mehr regierende Fürsten waren, verdankt Deutschland allein Kapoleon I., der zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts wenigstens mit einem Teile der lächerlichen deutschen Kleinstaaterei radikal aufräumte. Aber der Wiener Kongreß verließ 1815 diesen entthronten Potentaten eine Reihe von Steuerrechten, die dann später durch erbliche Renten abgelöst wurden.

Ein kleiner Mühlstein auf die „Rechte“ dieser Standesherrn liegt am deutlichsten, was Deutschland in Wirklichkeit seinen Fürsten verdankt. Diese Rechte stammen noch aus der Zeit der Leibeigenschaft, und sind nichts anderes als angeerbte Herrenrechte. Wenn beispielsweise eine Jungfrau auf ein anderes Grundstück heiraten wollte, so mußte sie dem „Gnädigen Herrn“ für dessen huldvolle Erlaubnis noch eine gehörige Abgabe bezahlen. Heirateten dagegen Söhne oder Töchter des Standesherrn, so war es die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit der Landesfürsten, die „Herrschaft“ mit Brautbräutigamern zu versorgen. Da aber die erlauchte Hochzeitsgesellschaft beim besten Willen nicht in der Lage war, das zahlreiche Gefolge hochherzoglicher einzuzuerleben, es andererseits aber auch nicht als standesgemäß galt, eine fürstliche Geflügelfarm zu errichten, so wurde diese Abgabe 1808 durch eine von den Untertanen zu zahlende Geldsteuer abgelöst. Schließlich wollten sich aber die hohen Herren nicht nur bei Hochzeitsfeiern erlustigen, und so wurden noch zahlreiche andere Abgaben, wie Fasnachtsbräutigam, Herrngeld, Tafelgeld, Wäsigeld zur Ablösung für Fronendienste und viele andere Steuern von den Standesherrn eingezogen.

Für all diese „Rechte“ verlangen nun die Standesherrn auch weiterhin lebenslängliche und auf die Nachkommen vererbliche Jahresrenten. Der deutschnationale Justizminister Hergt hat schon im Reichstage erklärt, daß diese Ansprüche nach „Treu und Glauben“ erfüllt werden müßten, und es kann natürlich kein Zweifel darüber bestehen, daß die deutschen Gerichte den Herren alles zubilligen werden, was nach ihren Begriffen „Rechtens“ ist. Es ist wohl nur auf ein Versehen zurückzuführen, daß die Herren nicht auch noch die Ausübung des jus primae noctis, des Rechtes, die Braut vor dem Bräutigam auf ihre eheliche Tauglichkeit prüfen zu dürfen, verlangt haben, sie würden es sicher nach „Treu und Glauben“ zubilligen erhalten.

Aus der Zahl der ihr „Recht“ gebietend heischenden Standesherrn seien einige besonders herausgegriffen. So verlangt der Chef des Hauses Hessen-Kampanien als Nachfolger des letzten kurhessischen Fürsten, die Bagatelle von 612 000 Mark Jahresrente, die Angehörigen der „Rebenlinie“ nicht viel weniger. Tatsächlich sind diesen Standesherrn seit ihrer 1808 erfolgten Abdankung diese Summen alljährlich gezahlt worden. Wilhelm der „Große“ geruhte zwar, die Schlösser des Kurfürsten dem königlichen Eigentum hinzuzufügen, seine braven Untertanen aber durften die Alimente für die „königlichen Vetter“ zahlen. Der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen fordert, obwohl er als der reichste deutsche Fürst gilt, 75 000 Mark jährlich. Die beiden Herzöge von Schleswig-Holstein verlangen zusammen fast 400 000 Mark Jahresrente. Sie erkannten diese Zuwendungen der ehemaligen Kaiserin Auguste Viktoria, die nach 1905 bei dem Reichskanzler und Hofling Bülow durchsetzte, daß der Herzog Friedrich Ferdinand von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, dessen Name so ziemlich die ganze Sala seiner Heimatdörfer vereint, 195 000 Mark jährliche Rente zugesprochen erhielt „zwecks Schadloshaltung für die durch die politischen Ereignisse der Jahre 1848 bis 1866 erlittenen Vermögensverluste“, nicht etwa für irgend einen Ironieverzicht. Man sieht, ein Krieg ist für die Fürsten stets ein gutes Geschäft, ganz gleich, ob er gewonnen oder verloren wird.

Alle diese Standesherrn sind natürlich unverzöhnliche Feinde der „hochwürdigen“ Republik, aber ihr Geld nehmen sie trotzdem gern. So verlangt der „Fürst“ zu Salm-Horstmar jährlich 80 000 Mark. Dieser Mann war während des Krieges einer der wüsten alldücker Heher, ohne natürlich selbst seine wertvollste Persönlichkeit dem feindlichen Rugetagen auszuweisen. Er fiel in dem reaktionären Preussischen Herrenauszug, was schon etwas belagen will, durch seine ultrareaktionäre Gesinnung auf. Im Vergleich zu ihm ist selbst der berühmte Janschauer als ein Mann von liberaler und sozialer Grundeinstellung zu betrachten. Dieser Fürst zu Salm-Horstmar ist übrigens der „Verbindungsstange“ zwischen den Alldücker und dem Rüstler von Doorn und seiner durchsichtigsten Hermine. Ausgerechnet ihm die geforderte Rente zu bezahlen, wäre tatsächlich ein Treppennuß der Weltgeschichte.

Selbst die „Germania“, das Berliner Zentrumsorgan, brandmarkt all diese Ansprüche, die sich aus dem finsternen Mittelalter herleiten, als unsittlich. Diese Bezeichnung ist noch als sehr milde zu bezeichnen. Es wäre eine Kulturshande ohne Gleichen, wenn die Deutsche Republik die Ansprüche dieser Drauhnen der Gesellschaft, die noch niemals etwas Nützliches geleistet, noch niemals einen Finger für ihr Vaterland krümmen gemacht haben, für ewige Zeiten anerkennen und stabilisieren wollte. Auch die Langmut der Republikaner kennt eine Grenze, die nicht überschritten werden darf.

Eine Denkschrift zur Betämpfung der Wohnungsnot

ist — wie der „Sozialdemokratische Pressedienst“ erfährt — vom Reichsarbeitsministerium ausgearbeitet worden. Die Denkschrift beschäftigt sich mit dem Wohnungsbedarf, mit der Finanzierung des Wohnungsbaues, mit den Beziehungen der Konjunktur der Bauwirtschaft zu der allgemeinen Wirtschaftskonjunktur und mit der Preisfrage für Baustoffe. Die Wohnnot auf dem Wandbriefmarkt muß, wie festgestellt wird, eine empfindliche Einschränkung der Bauprogramme im Gefolge haben. Durch Zusammenarbeiten mit der Reichsbank, den großen Finanzinstituten, den Ländern und den Gemeinden hofft man, eine Stabilisierung der bauwirtschaftlichen Konjunktur zu erreichen, die, von den allgemeinen Konjunkturschwankungen unberührt, die Durchführung eines gewissen Minimalprogramms sicherstellt. Die heftigste Steigerung des Preises der Baumaterialien, besonders von Ziegeln und Holz, wird eingehend erwoogen und dabei zum Ausdruck gebracht, daß man mit allen Mitteln auf „beteiligten Kreise einwirken wird, um Preisentungen zu erreichen. Wenn nötig, dann hat man in den aus der Hauszinssteuer gegebenen Hypotheken ein brauchbares Instrument, um ungerechtfertigte Preissteigerungen zu unterbinden.

Man glaubt, daß bis zum Jahre 1935 die Wohnungsbauförderung überwinden sein wird. An diesem Zeitpunkt wird sich die während des Weltkrieges eingetretene Bevölkerungsabnahme auswirken, da die Wohnungsansprüche der Kriegsjahrgänge wesentlich geringer sein dürften, wie die der Jahrgänge aus den Normaljahren.

Aus dem Reich.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages zur Beratung des neuen Strafgesetzbuches hielt am Mittwoch seine konstituierende Sitzung ab. Zum Vorsitzenden wurde Abg. Dr. Kahl (D. Sp.), zum stellvertretenden Vorsitzenden Abg. Dr. Beil (Ztr.) gewählt. Als Berichterstatter wurden die Abg. Frau Pfäffli (Soz.) und Dr. Schaefler (Dnat.) bestellt. Mit der Beratung des Entwurfs des neuen Strafgesetzbuches wird der Ausschuß am 21. September beginnen.

Der deutsche Botschafter in Paris, von Hoersch, wurde am Mittwoch nachmittags in einer Münchener Privatankunft einer Festschleppung (Mandelbäcker) unterzogen, die nach den Mitteilungen der Presse glücklich verliefen ist. Es steht in Aussicht, daß der Botschafter in nächster Zeit die Klinik schon wieder verlassen kann.

Für Beihilfung der Reichscharben freigesprochen. Vor einiger Zeit hatte ein Kriegsblinder, der sich seit langem von Hitler für Parteitagitation bemühen läßt, eine Münchener Reichshausversammlung durch den Zwischenruf: „Schwarz-Rot-Gold-Hennendred!“ gestört, worauf er wegen Beihilfung der Reichscharben einen Strafbefehl, lautend auf 50 Mark, erhielt. Bei der Einprüfungsverhandlung vor dem Münchener Amtsgericht wurde der Beklagte freigesprochen, obwohl der Staatsanwalt in dem Anspruch eine gewollte und herbeigeführte Beihilfung der Reichscharben erblickte und eine Verurteilung nach § 8 des Republik-Schutzgesetzes verlangte. Der Freispruch wird damit begründet, daß der Angeklagte mit seinem Zwischenruf nicht die Farben des Reiches, sondern die des Reichshausers gemeint habe, welche letztere aber nicht den Schutz des Gesetzes genießen.

Deutsches Arbeitslos-Museum. Die im Jahre 1909 eröffnete ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt, in Charlottenburg, Fraunhoferstraße 11/12, ist, um ihre Zweckbestimmung besser zu kennzeichnen, in „Deutsches Arbeitslos-Museum“ umbenannt worden. Das Museum umfaßt die beiden Abteilungen Unfallverhütung und Gesundheitschutz (allgemeine Hygiene und Gewerbehygiene). Der vor drei Jahren begonnene ständige Neuaufbau ist inzwischen so weit vorgeschritten, daß der größte Teil der Gruppen wieder dem Besuch zugänglich ist. Der Ausbau geht ständig weiter, insbesondere ist ein Lehrbergwerk im Bau. Das Museum ist werktäglich von 11 bis 13 Uhr und Sonntags von 11 bis 15 Uhr gegen ein geringes Eintrittsgeld zugänglich, das sich bei vorheriger Anmeldung größerer Gruppen auf die Hälfte ermäßigt.

Schauspielhaus.
Operettenbühne.
Tel. Stephan 1111.
Täglich 8 Uhr.
Der große Operettenerfolg.
„Drei arme kleine Mädel“

Lieblich-Theater. — Täglich 8 Uhr.
Täglich 8 Uhr:
Die erfolgreiche Revue
20 Jahre Nelson
Persönlicher Gastspiel von
Karloff Nelson
u. Käse Erholz
und die Premierbesetzung.

Victoria-Theater — Rg. 2297
Letzter Tag!
Verbotene Abenteuer
Ab Freitag tägl. 8 1/2
Liebes-Reigen

Einakter-Revue für die
„ältere“ Jugend über
Liebe, ihre Ab- und
Ursachen 8692
Jugendl. verboten!
Im Garten tägl. 8 1/2
Variété-Kino
Eintritt frei!

Interesse erzielen in
dieser Zeitung
den größten Erfolg

Konzerthaus WAPPENHOF
Heute ab 4 Uhr:
Großer hellerer Nachmittag
Ab 8 Uhr: Der große beliebte Wappenhofball
Damen 30 Pl. Herren 60 Pl.
Voranzettel 8690
Sonntag, den 9. Juli, ab 1/2 5 Uhr:
Großes Sommerfest
des Arb.-Radf.-Bund. „Solidarität“, Origr. Breslau.

Bräuer's Festsäle
Gabelstraße 22 (eh. Paul Grasser)
Heute Donnerstag sowie jeden Sonntag:
Gesellschaftstanz
Saxo-Jazz-Orchester 8442

Proletarier!
Beseitigt die Hindernisse des
Sprachschranken! Lernt die
Wellsprache Esperanto,
die von Arbeitern aller Nationen
gesprochen und verwendet wird

Jedem ein Fahrrad
Abzahlung ganz nach Wunsch.
Große Auswahl von 50 Mt. an. Zubehör gratis.

R. Mühle & Sohn
Lautengienstraße 55, Nähe Taschenstraße.

Saison-Ausverkauf!



Zur schönen Frau
ein schöner
Mantel

Vorzeiger dieses auf alle
Mäntel
und
Kostüme
20% Rabatt

Wohl & Alexander
DAMEN U. MÄDCHEN
MÄNTEL FABRIK
AM RATHAUS 23
3. STOCK

Saison-Ausverkauf!

Anzug-Zulaizen
4 bis 12 Mt. Kitten Mt. 49
bis 16 Mt. Leinwand Mt.
35 Mt. bis 120 Mt. Weinet-
futter Mt. 45 Mt. b. 1.40 Mt.
Garn 1000 Mt. 25-70 Mt.
100 Suppenwürfel 3 Mt.
Wafel-Schnecken 100 Stück
2.00 b. 8.00 Mt. Anspiel 200
3-10 Mt. Kermis-Riegel
13 Mt. Erdbeere 15 Mt.
Droit und Engras

Bertold Lippert
Heinrichstraße 16
Hilfste: Oberstraße 17.

Vom Fab!

Himbeersaft
p. Ltr. RM. 1.65

Zitronella
p. Ltr. RM. 1.65

Orangeade
p. Ltr. RM. 2.00

Fruchtsaftfabrik
Herzberg & Co.
Breslau, Hölchenstr. 48

Bücherplatz 17
Michaelstr. 3
Klosterstr. 64
Leuthenstr. 10

Druderei Volkswacht
fertig
moderne Druckmaschinen
Breslau 2, Kurze 4/6

Getragene sowie neue
Herren-Anzüge
sind wieder billig vorrätig.

D. Juliusburger
Kupferhämdestr. 31

Arbeitsmarkt

Maschinenführerinnen,
(electr.) u. Seidnäherinnen
für Herren-Konfektion gesucht.
Weldung 6-8, Margaretenstr.
15, Hb. III. r., ober 1/2 5-8
nachm. Weigenburger Str.
14, I. r. 537

Unseren 8683

Saison-Ausverkauf

müssen Sie unbedingt
besuchen!

Morgen!

1000 Paar Seidenflorstrümpfe
in guter Qualität, durchweg moderne Straßen-
farben, teilweise mit Naht, Doppelsohle und
Hochferse, zum Aussuchen

Paar **75** Pl.

1000 Paar Damen-Trikotschlüpfer
feinmaschige Qualität, in vielen aparten Farben
und doppeltem Schritt
mit Zwickel mit fein. Seidenstreif.

Paar **85** Pl. **1.50**

1200 Paar feinfarbige Kinder-Trikotschlüpfer
in guten Qualitäten, Größe 35-55

Paar 55, 50 **45** Pl.

Zirka 500 Stück feinfarbige Damen-Hemden
feinmaschige Trikot-Qualität mit K.-seidenen
Effekten u. Seidenbandträgern, in viel aparten
Farb., wie lachs, flieder, rot usw., zum Aussuch.

Stück **1.25**

Messner
G.m.b.H.
Wollschneider

Achtung! Genossen!
Unterstützt kleinere Geschäfte
im Saison-Ausverkauf!
Wir verkaufen: Anzüge von 12.50-65.00
Hosen von 2.95, Arbeitsjacken 1.95
Großes Lager in Sommer- und Gummi-Mänteln
Windjacken, Sommer- und Berufsleiden-
gen zu bekannt billigen Preisen.

Kaufhaus Oberstraße 7, Ecke

MÖBEL

Küchen kompl. 7-tlg. von 50.00 Mt. an
Schrank mit 2-tlg. von 30.00 Mt. an
Anschlößchen ... von 38.00 Mt. an
Pianos ... von 5.50 Mt. an

Praktische Schlaf-, Herren- und Speisezimmer
Chaiselonges, Sofas, Patent- u. Aufgeregelmatten
und alle Arten Einzel- und Kleinfabrikat

Bleier & Dührig
Stühle und Möbel en detail, en Gros
Mühlstraße 107 und Wollbergweg 20, 22

Wie der Weltkrieg entstand.

Das amtliche Material und
die Handzeichnungen des Kaisers
1900 vom Paris war 60 Pl.
Volkswacht - Buchhandlung.

Reiseleiter
und
Sachen

erhalten Sie in den
Volkswachtbuchhandlungen
Neue Gosenstraße 5 und
Neue Leichenstraße 11

Für Altschees
und Matrizen, die
innerhalb 14 Tagen
nach Ablauf des
Auftrages nicht
abgeholt, kann eine
Gewähr für Aufbe-
wahrung nicht über-
nommen werden.

Verlag
der
Volkswacht

Verpflichtigt unsere Inserenten!

Die „Frauenwelt“ den Frauen
Zum Lesen, Denken und Schauen!

„Frauenwelt“
eine Halbmonatsschrift für die Frau
des schaffenden Volkes. Preis 30 Pl.
Zu best. den bei allen Zeitungsausträgern.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“
Ortsgruppe Breslau

Sonntag, den 9. Juli, im Konzerthaus „Wappenhof“
(Endstation der Straßenbahnlinie 4)

Großes Sommerfest
verbunden mit Sommernachtsball

Gartenkonzert * Ball * Kunst- u. Reigenfahrten
Verlofung eines Herren- und eines Damenfahrrades sowie anderer wertvoller Gegenstände

Einlaß 3 1/2 Uhr Eintrittskarte 25 Pf. und Steuer Anfang 4 1/2 Uhr
Programme und Lose sind im Fahrradhaus „Frisch auf“, Nikolaistraße 16,
und bei Hübner, Matthiasstraße 100, erhältlich.

Es ladet ergebenst ein Der Vorstand.

Ich habe mein zweites Geschäft
Klosterstr. 30/32 eröffnet
und veranstalte ab heute einen
spotbilligen Werbeverkauf
in meinen beiden Geschäften

Teppiche und Linoleum

Fritz Rau
Universitätsplatz 10/11 gegenüber d. Fechterbrunnen
Klosterstraße 30/32 Ecke Lessingstraße

Die Volksschule als Einheitschule Buchhdlg. Volkswacht
Von Dr. Max Apel.
Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes
sowie von sämtlichen Kolporteurs entgegengenommen
Modernes Antiquariat
Breslau 3, Neue Grapenstraße

STANDESAMT



Pfiffig sammelt Erfahrungen
Der Lebensweg eines Menschen in 12 Bildern.

VIII.

Ein paar Monate zogen wiederum ins Land, Paul war in seinem Wohnviertel durch
Fleiß und Umsicht ein viel gesuchter Tischler geworden. Nicht, daß man ihm etwa die
Arbeit auf Bestellung von Möbeln für eine Stubezimmerwohnung übertrug, nein, dazu
waren selbst die reichsten Anwohner dieser Gegend nicht in der Lage. Aber galt es, einen
Möbelschrank und ein Bett für neu Verheiratete um billiges Geld zu richten, so war Paul
der geeignete Mann.

Nach Feierabend hörte man Paul noch oft eine geheimnisvolle Tätigkeit hinter dicht
verhängten Türen und Fenstern aus üben. Und wenn seine Braut Marie nach der Ur-
sache dieser geheimnisvollen Tätigkeit forschte, so hüllte Paul sich in Schweigen, machte
aber hier und da verdeckte Andeutungen, die etwas Ungehörtes ahnen ließen. Und richtig!
Eines Tages stand eine vollständige Wohnungseinrichtung im spiegelnden Glanz der
Politur vor den Augen der verhärtet lächelnden Braut.

„Korner geht's zum Standesamt, liebste Marie!“ sagte Paul eines Tages, „beim
lange genug hat es gedauert, bis ich diese Möbel für uns erlöbigen konnte.“ Mit kren-
nendem Interesse las Pauls gesamte Nachbarschaft seit langem alltäglich die Anzeigen der
„Volkswacht.“ Denn jedermann wollte wissen, wann Paul denn man den großen Schritt
des Lebens vollziehen würde. Daß man dieses am schnellsten durch die „Volkswacht“
erfahren würde, war für das gesamte Viertel eine Selbstverständlichkeit. Und richtig!
Eines Tages las man denn auch:

Paul Pfiffig u. Frau
Marie, geb. Tipplinski
Vermählte
Breslau, im April 1927.

Hei! gab das eine Freigang! Jeder kam mit einem kleinen Anlegen. Dieser bestellte
eine Hochzeit, jene eine Hochzeit, ein anderer eine Wiese, ein vierter eine Kommode usw.;
dann sie alle wollten durch einen kleinen Auftrag ihren Dank für die Aufmerksamkeit an
Paul abgeben. Paul und Marie klangelten glücklich und wählten fortan den Wert nicht
mehr nach billiger Angelegen, sondern auch der Familienangelegen selbst für den kleinen Mann
aufgaben.
(Fortsetzung folgt.)

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 7. Juli.

Unsere Distriktsversammlungen

finden Montag, den 11. Juli statt. In den meisten Versammlungen wird ein Vortrag über: „Der englisch-russische Konflikt“ gehalten, in mehreren Versammlungen werden andere, aktuelle Themen behandelt.

Schon heute wird aber darauf hingewiesen, daß mit Rücksicht auf den in diesen Monat großen Mangel an Rednern mehrere Distrikte zusammengelegt werden. So die Distrikte 1 und 30, 9 und 41, 11 und 12, 14 und 15, 16 und 20, 26 und 27, 28 und 29, 30 und 40 und 39 und 42.

Alles Nähere wird in der Sonnabendnummer der „Volkswacht“ bekannt gemacht werden. Aber überall solle man für den Besuch dieser Versammlungen schon jetzt merken.

Parteigenossen! Gewerkschaftskollegen! Arbeitende Jugend Breslaus!

Hat die arbeitende Jugend überhaupt besondere Aufgaben in der Arbeiterbewegung zu erfüllen? Welches sind diese Aufgaben? Wie sind sie lösbar? Diese Fragen sind die dringendsten Probleme, die in der gesamten Arbeiterbewegung auf das stärkste erörtert werden, und die nur durch gemeinsame Arbeit von Erwachsenen und Jungen geklärt werden können. Der Zufall führt uns einen der führenden Genossen des Arbeiterbildungswesens und einen der vorzüglichsten Kenner sozialistischer Jugendarbeit, den Leiter des Reichsbildungsausschusses, den

Genossen Dr. A. Stein-Berlin

nach Breslau. Wer anders als er ist besser geeignet, zur Lösung der aufgeworfenen Problemfragen beizutragen? Wir rufen euch daher alle zu der morgen, Freitag, abends 8 Uhr, in der Aula der Cecilienstraße, Tschentschstraße, stattfindenden Versammlung aller sozialistischer Bildungsarbeit treibenden Verbände Breslaus auf, in der Genosse Stein über „Die Aufgaben der arbeitenden Jugend in der Gegenwart“ sprechen wird. Eintritt: Erwachsene 20 Pf., Jugendliche sowie erwerbslose Partei- und Gewerkschaftsmitglieder gegen Ausweis 10 Pf.

Parteigenossen, Gewerkschaftskollegen zeigt, daß ihr in voller Solidarität mit eurer Jugend im Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse steht.

Die sozialistischen Kulturorganisationen Breslaus.

Genosse Paul Häschel-Niemwoel

statte der Heimat einen mehrwöchentlichen Besuch ab. Der rüstige Stehjahrige verläßt am 6. Juli mit dem Dampfer „Albert Ballin“ die Hauptstadt der Vereinigten Staaten und dürfte seine Landung in Cuzhaven am 15. oder 16. Juli zu erwarten sein.

In Hamburg werden alle Parteigenossen unter Führung von Paul Weinheber dem Alten einen würdigen Empfang bereiten. Auch in Berlin ist ein großer Begrüßungskommers geplant, denn auch dort wohnen einige der alten Breslauer Mitkämpfer Häschels aus der Zeit des Ausnahmegeleges.

Während dieser schlimmsten Zeit für die deutsche Sozialdemokratie war Häschel in Breslau einer der tätigen Genossen und ein anerkannter Führer der örtlichen Partei. Im großen Geheimbunds-Prozess 1897 wurde er nach langer Untersuchungsfrist zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt. Später übersiedelte er nach Nordamerika, wo er seinen Beruf als Zigarrenmacher weiter ausübte und wo er trotz seines Alters mit seltener geistiger Frische noch heute aktiv in der Arbeiterbewegung tätig ist. Auch die Breslauer Parteigenossenschaft wird ihren alten Vorkämpfer einen würdigen Empfang zuteil werden lassen.

Seiner Vaterstadt Bielefeld will Häschel gleichfalls einen Besuch abstatten, denn er gehörte zu den ersten Sozialdemokraten, die in der Vaterstadt die Saat des Sozialismus ausstreuten. Unter Häschel beschäftigt seine Tochter zu dem heimatischen Besuch mitzubringen; beide werden in den sozialistischen Proletarierkreisen sehr willkommen sein.

Der Gabeljüрге spießt wieder Wasser.

Lange Zeit war der Gabeljüрге auf dem Neumarkt außer Betrieb, neuerdings „pringt“ aber wieder das Wasser aus dem Dreieck Neptuns und aus den Figuren am Södel hervor. Der nun den Baraden befreite Neumarkt macht durch den wasser-spielenden Gabeljürgen einen guten Eindruck, nur wirken die jungen Linden um ihn herum noch etwas kümmerlich.

Der Gabeljüрге ist schon ein sehr alter Herr. Im Jahre 1782 bezog er sein Postament, wo er heute noch mit seinem Dreieck steht, und seit jener, besonders in der Silvesternacht, Gegenstand des kühnen Wesses ist. Wiederholt wurde ihm auch die Gabel geklaut. In alter Zeit stand auf dem Neumarkt eine Kalkschnecke, an deren Stelle im Jahre 1832, in der Mitte des Platzes, ein offener Brunnen angelegt wurde, der anno dazumal einen runden Kasten (Köhrtasten) bildete, der sein Wasser von der Wasserkunst bei der Goldbrücke (über die Ohle, die damals am Ende der Kirchstraße noch vorbeifloß) bezog. Für die Anlage des späteren Gabeljürgen wandte die Stadt 2086 Reichstaler auf. Schon oft in den Jahren seines Bestehens funktionierte der Gabeljüрге nicht.

Ein früherer Breslauer Polizeipräsident, namens J e r a t e, gab 500 Taler aus seiner Privatschatulle her, um den Brunnen im Jahre 1838 wieder in Betrieb zu setzen. Damals wurde das hierfür erforderliche Wasser durch ein besonderes Dampfmaschinengebäude dem Gabeljürgen zugepumpt. Bereits im Jahre 1872 war aber der Brunnen bereits wieder so schadhaft geworden, daß der Magistrat dem Bildhauer A. R a c h n e r eine völlige Erneuerung auftrag. Im April 1874 wurden die neuen Figuren aufgestellt und der Springbrunnen wieder in Ordnung gebracht. Ein 1869 von dem Magistrat an die Stadtverordnetenversammlung eingebrachter Antrag, um den Brunnen herum eine Getreidemarkthalle anzulegen, wurde von den damaligen Stadtvätern abgelehnt. Das war gewiß sehr klug, denn eine Getreidemarkthalle hätte den Neumarkt gewiß ebenso verunziert, wie die jetzt glücklich heftigen Baraden.

Man bespänze den Neumarkt mit Bäumen, schaffe kleine gärtnerische Anlagen mit Bänken, wie etwa am Tauenhien- und Königsplatz, dann wird der Gabeljüрге auf seine alten Tage gewiß ein verträgliches Gesicht dazu machen. Eine solche Veränderung des Platzes wäre schon im Interesse der vielen Kinder des Neumarktes zu wünschen, die jetzt genötigt sind, sich auf dem Steinpflaster zu tummeln.

Habt Dank!

Allen, die es sich angelegen sein ließen, die unterzeichnete Organisation während ihrer öffentlichen Sammelstage fördernd zu unterstützen, sei hierdurch herzlich Dank übermittelt. Besonderen Dank sei den Zeitungen für ihre ideale Unterstützung, sowie auch den Kapellen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, des Sozialistischen Jungordnerdienstes und des Roten Frontkämpferbundes für die Veranstaltung der Plakonzerte ausgeprochen. Unser Dank gilt allen denen, die durch Opferung ihres Scherleins dazu beigetragen haben, unser Wirken zu fördern. Wir möchten gleichzeitig Gelegenheit nehmen, zu veröffentlichen, daß alles, was durch die Opferwilligkeit zusammengetragen wurde, nur im Sinne echter, solidarischer, praktischer Nächstenliebe Verwendung findet.

Arbeiter-Samariter-Kolonie Breslau.

Die Breslauer Klatschschte.

Unter diesem Titel findet sich im Bestande der hiesigen Stadtbibliothek eine im Jahre 1891 erschienene kleine humoristisch-sockalprachliche Studie von A. G. Adolt Weiss, in der allerhand geistreiche Wosheiten über die Breslauer und Breslauerinnen enthalten sind, über die zu Ruh und Frommen unserer Leserschaft hier etwas berichtet sei.

Klatschschte — auch Klatschschter! — Was ist das? Der Verfasser meint, es ist ein weicher Klang in dem Wort, es hört sich gemütlich an, es gemahnt aber auch an etwas, das leicht über die Lippen strömt: weissen das Herz voll ist, dessen geht der Mund über! Also das ist der Charakter der ganz unpersonlich gemeinten Klatschschte: sie lesische Urgankeit, ungezwungene, blühende Ausdrucksweise, geistvoller Humor und derbe Kraft.

Der letzte Breslauer Herzog Heinrich VI. soll seinem Kanaker gegenüber bekannt haben: „Gegen die Breslauer Klatschschte ist kein Aufkommen.“ Und von einem Reichshofenpolen, dem Kaiser S i g i s m u n d, soll die Keuzerung herrühren: „Ja, die Breslauer Klatschschte, die greift einem ans Herz. Aber die wackeren Breslauer wackeln nicht bloß mit dem Maule, sie greifen auch tapfer zu und ziehen den Karren aus dem Dreie, wenn ihn die anderen steden gelassen haben. Wahrhaftig, ich würde auf die ganze Kaiserherrlichkeit pfeifen, wenn ich nicht noch die Breslauer hätte.“ Das sind nun freilich keine Wosheiten, aber als solche muß man es wohl ansprechen, wenn wir an anderer Stelle des Buchleins lesen: „Im allgemeinen hat der Breslauer ein großes Mundwert, er ist nicht auf den Mund gefallen.“ Wenn der Breslauer „tschkeriert“, so sei dies etwas ganz anderes, als wenn er auf hochdeutsch plaudert, auf niederdeutsch „marrt“ oder auf oberdeutsch „plauscht“, es sei vielmehr „ein eifriges Aufziehen der Schleusen des herzinnigen Mitteilung- und Belehrungsbedürfnisses, es ist weniger Mittel zum Zweck, als Selbstzweck.“

Von der Breslauerin wird gesagt, sie halte von je eine tüchtige „Schnadege“, war stets vorzüglich mit dem Schnadezel beschnitten — aber ihre halb schalkhafte, halb gemütsarme Beredsamkeit sei doch weit entfernt von der schnoddrigen Art der Berlinerinnen. Was den Männern das „Tschkerieren“, das sei den Breslauerinnen in noch höherem Grade das „Schnadern“. Nur ein weibliches Gemüt vermag ganz und gar die Bedeutung des Genusses zu erfassen, der im Schnadern liegt. Das Wort kommt allerdings von „Schnaltem“. Man könne auch sagen, wie der Chinese sich mit Opium, der Araber sich mit Haschisch berausche, so berausche sich die Breslauerin durch das „Schnadern“. Ob das alles aber auch heute noch zutreffend ist, wollen wir der Beurteilung unserer Leserschaft überlassen.

Ein wenig anschtbar erscheint aber folgendes: „In den niederen (?) Schichten des Volkes steht eine „große Tr...“ in ganz besonderem Ansehen, ein „große... Kerl“ wird sogar gefürchtet, und der von einem solchen zum Schweigen gebrachte zucht halb bewundernd, halb ärgerlich aus: Hat der aber eine Tr...! Der Schnellredner wurde durch zwei unshöne Redensarten charakterisiert, die eine lautet: „er redet, als wenn man den Dr... mit Feitichen ließe.“ Der Fremde (gewöhnlich der Pole) „pollatschkeriert“ oder „pulscht“. Wer mit der Sprache nicht recht

Weg in den Sonntag.

Durch die Wälder von Canth.

Nicht allzuweit entfernt von Breslau liegt das Städtchen Canth, an der Bahnstrecke Breslau-Waldenburg-Hirschberg. Wie viele aus der Arbeiterklasse, die eine Fahrt ins Waldenburger oder Riesengebirge unternahmen und die nähere Station Canth aus dem Zuge betrachteten, wissen nichts von der schönen Umgebung dieses Ortes. Darum sollen diese Zeilen für ein wenig begangenes, reizvolles Wandergebiet werden. Für Freizeitsucher und rüstigere Wanderer wird in nachfolgenden Zeilen eine prächtige Tagestour geschildert: „rend den Freunden längeren Schlafens und bequemem Laufens durch zwei reizvolle Halbtagstouren dies Gebiet vertraut gemacht werden soll.

a) Ganzwanderung. Abfahrt 4.10 Uhr vom Freiburger Bahnhof mit Sonntagsfahrkarte Canth (1 Mark). Nach dem Aussteigen in Canth, ein Stück zurück, dann über die Bahngleise, zirka 200 Meter auf der Straße. Hinter der zweiten Brücke (Striegauer Wasser) links auf einen Wiesenpfad einbiegend, erreichen wir nach 10 Minuten einen Fahrweg, der von dem rechts liegenden Dorfe W o s n a i z, dessen Gärten wir streifen, nach links zur H i n t e r m ü h l e führt. Diesen Weg benutzend, und die Brücke überschreitend, stehen wir vor der verdeckt gelegenen Mühle. Gleich hinter der Hausmauer rechts einbiegend, gelangen wir, uns immer am Rande des Grabengehöls haltend, in 10 Minuten nach dem Dörfchen K o s l a u, dessen Dörflein vor uns liegt. Während der Wanderung haben wir nach links herrliche Ausblicke auf den Jobben und das W o r l a n d, sowie nach dem Culengebirge. Am Dorfe, wenige Schritte nach rechts gehend, betreten wir einen Fahrweg, um sofort nach links in einen verschlungenen Fußpfad durch Gebüsch einzubiegen. Nach Erreichen einer Lichtung am Graben weiter wandernd, erblicken wir vor uns, die von einem Brand teilweise zerstörte N e u - M ü h l e und deren von einem Storchneß getränkten, hemelichten Schornstein. Lustiges Klappern empfangt uns beim Näherkommen. Am Ufer des Striegauer Wassers und dann am Gebüschrande weiter wandernd, ist nach wenigen Minuten ein breiter Fahrweg erreicht, der nach der L a z a r - m ü h l e führt. Die Brücke überschreitend, vorbei an dem einsamen Gehöft, biegen wir sofort nach links in die an einer Mauer entlang führende Straße, an der Zuderfabrik vorbeiführend, ein und gelangen nach G o r z, P e t e r w i z. Hier fällt uns die eher einem Reittal ähnlich sehende Kirche auf. Im Ort nach links wendend, betreten wir einen Fußpfad am Dorfbach entlang, und wandern durch das reizende Dorf bis zum Gut, durchschreiten den Torbogen (flankiert von zwei Obelisk) und haben einige Einblicke in den nur schwer zugänglichen schönen Park. Durch einen erneuten Bogen verlassen wir das Gut und wenden uns bei der Brauerei nach links, einen an der Gutsmauer entlang führenden Weg benutzend. Bald erreichen wir vor einer Brücke einen rechts abführenden Damweg, an dessen Anfang ein dreifantiger Obelisk steht. Die eine Seite enthält die Gutschronik, die anderen Seiten fungieren als Bismarck- und Kriegerdenkmal. Unter von staiklichen Waldesreifen besäumter Wald-Dammweg führt in Windungen auf einen Fahrweg, der uns, links weiterleitend, durch prächtigen Laubwald, von eingestreuten Nadelholzsteden unterbrochen, bringt. Heraustrittend, liegt vor uns, in Grün gebettet, vor dem nächsten Waldzand, das Dörfchen N i e d e r - S t r a ß e einsam und verträumt. Eine Kirchallee führt in dieses Dörf. Im Ort wenden wir uns nach links bis zur Brücke, wo wir vor dieser nach rechts auf dem Damm weiterziehen. Reizende Bilder und liebliche Anblicke bieten sich unserem Auge. Links das Dörfchen S c h m a t t e n - h a i n, getrennt durch das Striegauer Wasser, vor uns das reizende Kirchlein und vereinzelt Häuser, rechts Viehweiden und Wald. Bald ist O b e r - S t r a ß e erreicht. Im Wasser und an dem breit ausladenden Ufer des Hührens jammelt sich das Federvieh, wobei einige Exemplare der japanischen Hühners auf fallen. Fast am Ende des Dorfes führt uns ein Fußpfad durch die Mühle auf den Fahrweg Richtung D o r z e n d o r f, den wir, links abbiegend, verfolgen. Da die Straße hoch liegt, umäumt

herauskann oder will, der „druckt“ Mer einem ein Geheimnis mit flüsternder Stimme mitteilt, der „pischert“, wer lüdenhafte oder gar keine Zähne hat, „nuschelt“. Alle diese spezifisch Breslauerischen Ausdrücke haben die größtenteils noch heute ihren Kurswert. Ebenso wohl auch die folgenden von Weiss angegebenen Redewendungen: die Mutter, die der gute Freund „dröckert“ über den leichstinnigen Schlingel, der reden ihm ins Gewissen, „reden sich“ ganz umsonst „den Hals auf (wund)“. Da muß ihr schon ein anderer „zutschtrippeln“, „ihm die Kappe waschen“, „ihm gehörig Bescheid stoßen“, ihn „vermödeln“ und schonungslos „abklappeln“. Der muß aber „Haare auf den Zähnen haben“, denn jener wird sicher „Widerparten geben“, „sich vermaßen“ oder ganz gehörig „aufmucken“. Der alte, erfahrene Freund aber wird dem jungen Menschen wie einem alzu-kampflüchtigen und doch noch sehr tüchtigen Hühnden zuzurufen: „Kraft nicht zu früh! — mach' erst Erfahrungen und lera' was!“ Wer sich gegen uns einer schweren Ungehörigkeit schuldig macht, dem werden wir uns ordentlich „auf den Jopf insuden“ — eine Redensart, die aus der Zeit stammt, in der auch in Breslau der Jopf des Mannes wohlgepflegte Zierde war, und eine starke Demütigung androht — oder wir werden ihn uns „laufen“, „langen“, um ihm gelegentlich den Standpunkt klar zu machen. Dann werden wir's ihm aber gründlich „anstreichen“. Die Bedeutung dieser Redensart war früher offenbar eine andere und bedeutete sicherlich das Anstreichen des Namens des Betreffenden mit Kreide auf einer Tafel, um seine Schuld anzumerken. „Einem einen Keitlich reiben“ — damit meint die Klatschschte jenes harmlose Aufschneiden im Stile der Münchhaufaben und des Jägerleins. „Das ist ein Keitlich“, heißt so viel, wie „jemanden verfohlen“. Im Antworten ist der aufgeweckte Breslauer, dem man sie leicht „eine Wippschen vormacht“, nie verlegen, und den Uebergang vom Aufschneiden zum wirklichen Lügen markiert die Redensart: „Der schwindelt dem die Hude voll.“ Der richtige Breslauer, so sagt Weiss, ist kein Dudmäuler, er verträgt eine Dertche. Den Zweideutigkeiten aber ist er spinnfeind. Was andere Leute mit schonenden Fremdwörtern hässeln, das nennt er ganz offen „Schweinerlei“. Am schönsten aber wirkt es schon, wenn ein richtiggehender Breslauer auch heute noch sagt: „Ach, woher od!“ oder „ach wo!“ Besonders weibliche Personen pflegen auf jede Mitteilung, die man ihnen macht, mit einem „ach wo!“ zu entgegnen, ohne im geringsten die Absicht zu haben, sie zu bestreiten. Einem, der Hausfriedensbruch verübt, droht der rabiate Breslauer, er werde ihn die Treppe „runterstrecken“, daß er Hals und Bein bricht! — ein Wort, das aber wohl niemals so grob gemeint ist. Er begnügt sich vielmehr schon, den anderen nur „bei der Bufen-traufe zu kriegen“ oder ihm eventuell „eins zu verwinen“. Dem Kinde, das gern einen Spatz fangen möchte, sagt man scherzend: „Du mußt ihm erst Salz auf den Schwanz streuen“. Hat man einem mit Worten zu zugelegt, daß er schweigend daboucht, la heißt es noch heute: „Der hat sein Fett weg“. Das kann sich aber auch auf eine wohl zugemessene Prügelkluppe beziehen. Denn aber, der sich von den Genossen trennt und nicht mehr mit tun will, sagt ein richtiger Breslauer: „Mensch, geh' zu Hause, laß dir'n Tee kochen und sag', du bist dagewesen!“

non Kirchhärten, bietet sich An-Ferretik über, die

Striegauer Wasser und der Weistritz durchfließende, hügelige, reiche Landschaft, voller Reize bis an die Gebirgskette heran. Ein etwa anderthalb Kilometer vor Lorzendorf links abbiegender, obstbaumbestandener Fahrweg führt uns abwärts über eine Brücke hinter dieser wird ein kurzer Wiesenpfad betreten, ein Fahrweg gekreuzt und die geradeaus über die hohen hügeligen Kirchbaum-Allee als Weg gewählt. Bald überschreiten wir in einer Senkung die Bahngleise der Breslau-Hirschberger Strecke und steigen zur Höhe, K a h m b e r g genannt, empor. Hier haben wir nun einen herrlichen Rundblick über das kleinbühelige Gelände mit seinen prächtigen Wäldern, saftgrünen Feldern und blumigen Wiesen. Hier und da lugen Dörfchen oder nur Türme und ver-einzelt Häuser aus dem Grün hervor. Jobben, Culen- und Waldenburger Gebirge geben dem Bilde einen harmonischeren Rahmen. Absteigend, erreichen wir das reizvoll gelegene Dörfchen K u r t e n a u, das wir nach links fast durchwandern und einen Fußpfad einschlagen, der uns an die Weistritz führt. Einem Steg überkreuzend, bleiben wir auf meist schmalen Pfaden immer in der Nähe des Flüsschens und wandern in Richtung K a m m e n d o r f. Eine breite neue Brücke (nach halbständiger Wanderung) bleibt links liegen, wir bleiben am rechten Ufer am Waldrande. Ueber der Weistritz grüßt das hoch gelegene B e i l a u herüber. Bald ist eine Schleuse erreicht, doch bleiben wir rechts und wandern einen Waldschneienweg entlang. Viehweiden und Wiesen lösen ab, und in wenigen Minuten ist Kammendorf erreicht. Beim Fortschreiten überschreiten wir die Brücke und wenden uns nach rechts, einen Damweg benutzend, der an Obigarten entlang führt. Am Ende des Damms folgen wir der Fahrtrasse nach rechts bis hinter die Weistritzbrücke und biegen links in den nach Strademühle führenden Fahrweg ein. Bald ist auf dem reizvollen Muldenwege, an kleinen, hübschen Häuschen vorbeikomend, die Mühle erreicht und durchschritten. Hinter der Brücke wenden wir uns nach links und wandern auf markiertem Weg, bald Dam, bald Fußpfad, zuletzt Wiesenfahrweg, nach der G i l g e n a u e r M ü h l e. Von hier ein treffender Weg wird der mittlere (halbblinde Richtung) gewählt, der über eine Anhöhe führt, von der man unser Ziel Canth erblickt. In 1/2stündiger Wanderung ist an der Chaussee der Ort erreicht und nach wenigen Minuten Chaussee biegt links der Promenadeweg ein, der uns an Willen vorbei in 25 Minuten zum Bahnhof leitet. Rückfahrt 18.44, 20.28 und 20.52 Uhr. Dauer der Wanderung 6 bis 7 Stunden. Kartenmaterial: Umgebungskarte von Breslau, Maßstab 1:100 000 (Landesaufnahme-Karte), erhältlich zum Preise von 80 Pf. in der Volkswacht-Buchhandlung.

b) 1. Halbtag. Wie a bis K u r t e n a u. Im Ort dann rechts und dann den Fahrweg, später den Fußweg nach W e i t t a u benutzend, von dort zum Bahnhof W e i t t a u. Wer nach eine Stunde Zeit hat, mache einen Wäldchen nach Lorzendorf durch den am Bahnhof beginnenden Waldweg bis zum Gut und kehre auf der Chaussee zum Bahnhof zurück. Rückfahrt Weittau-Canth 30 Pf. nachläßen. Rückfahrt 18.32, 20.15 und 20.41 Uhr.

c) 2. Halbtag. Mit Sonntagsfahrkarte Canth ver-fahren, steigen wir schon in S a d e m i t z aus, laufen rechts der Bahn bis zur idyllisch gelegenen J ü r t s c h - M ü h l e. An dieser vorbei bleiben wir nach etwa 5 Minuten auf dem dahinter weiter führenden Fahrweg, um dann links nach J ü r t s c h zu wandern, durchqueren den Heimen, reizvollen Ort und laufen, erst auf einem Fahrweg, dann einen Fußpfad benutzend, in Richtung Canth. An der Weistritz biegen wir nach links ein und benutzen den Uferweg nach S c h o s a i z, überschreiten die Weistritz und wandern durch Wald nach dem Ort. Durchschreitend, wenden wir uns dem Mühlgaben zu und gehen, die Canth-Kirchhärten überquerend, über die W e i t t a u - r a d m ü h l e zu. An dieser einem gelegenen Mühle vorbei führt ein Fußweg am S c h w a r z m e l l e r entlang zum Dörfchen K r i e b l o w i z. Auf unserem Weg erblicken wir Wälder auf der Chaussee das baumumkränzte Neumark mit Bismarck Grab, etwa 5 Minuten vor dem Ort. Am Anfang von Krieblowitz wenden wir uns sofort rechts herum und folgen der Straße

Warten und machenden Strafe in Richtung Sachw. Straßbaum hie. An der Regabelung liegen wir rechts ab und bleiben am Waldrande, bis ein Weg von Sachw. nach Straßbaum hieher führt. Wir wandern nun nach rechts und erblicken bald die Straßbaum hie. Von hier führt der Weg, wie in Wanderung beschrieben, nach S. u. Zugverbindung wie unter bezeichnet.

Nun auf zu früher Wanderjahr! Reizvolle Bilder und wechselnde Landschaft werden euch erfreuen.

Der Weg frei!
Touristen-Verein "Die Naturfreunde".
Wander-Ausflugsstelle: Gewerkschaftshaus. Jeden Donnerstags von 7 bis 8 Uhr. Restaurant.

Wie der Zoologische Garten um einen Dachs kam!

Vor einiger Zeit wurde in den Zeitungen berichtet, daß in der Gemarkung M. a. l. i. h. ein Dachs gefangen wurde, der dem Zoologischen Garten geschenkt werden sollte. Hierzu wird uns berichtet:

Als der Jagdpächter, Rittersgutsbesitzer Steuer von der Sache erfuhr, verlangte er die Herausgabe des Daches. Da dies nicht geschah, erschien bei dem Jäger ein Oberlandjägersmeister und ein Landjäger. Auf Anfrage beim Landratsamt wurde der Besizer, der Dachs gehöre dem Jagdpächter. Das nunmehr verlangte Jagdgeld und die Bergungskosten, die an zwei Arbeiter gezahlt wurden, wollte Herr Steuer nicht ersehen. Daraufhin blieb weiter nichts übrig, um einer Strafe aus dem Wege zu gehen, als dem Dachs wieder die Freiheit zu geben. Auf diese Weise ist Herr Steuer-Malkowisch schuld daran, daß der Zoologische Garten in Breslau um ein wertvolles Geschenk gekommen ist. Herr Steuer behauptete, daß er den Dachs selbst dem Zoologischen Garten schenken wollte. Vielleicht lag ihm daran, durch eine Tafel am Dachszwinger verewigt zu werden.

Nun gibt es aber alle möglichen Tiere, die der Zoologische Garten wohl gern geschenkt annimmt. Sei es eine Hirschgans, sei es ein Orang-Utang oder sonstige interessante Tiere. Die Tafel mit Firmenschild des Schenkers könnte also jederzeit noch im Zoo angebracht werden. Allerdings sind die vorgenannten Tiere nicht, wie der Dachs, für den Schenker gratis zu haben.

Vom Arbeitsgericht.

Gestern fand im Schlichtungsamt des Landgerichts die Wahl des Beisitzer-Ausschusses beim neuen Breslauer Arbeitsgericht statt. Landgerichtspräsident Eisner hielt eine Ansprache an die Laien-Arbeitsrichter, in der er der Hoffnung Ausdruck gab, daß gegenfeitiges Verständnis und Entgegenkommen das gemeinsame Ziel in unparteiischer und den beiderseitigen Erfordernissen des Arbeitsrechts gerecht werdender Weise fördere. Der aufsichtführende Vorsitzende des Arbeitsgerichts, Neugebauer, nahm daraufhin die Wahl des Beisitzer-Ausschusses vor. Man einigte sich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern auf je sechs Mitglieder im Beisitzer-Ausschuß, von denen bei den Arbeitnehmern vier Sitze auf die freien Gewerkschaften und je einer auf die christlichen und kirchlich-darunterliegenden Organisationen entfallen. Von unserer Seite wurden die Kollegen Hunske (Metallarbeiter), Adersold (Angestellte), Jauernig (Gastwirtsgehilfen) und Rainer (Schuhmacher) in den Ausschuß gewählt.

Die Aufgaben des Ausschusses sind im Absatz 2 des § 29 des Arbeitsgerichtsgesetzes folgendermaßen umrissen:

Der Beisitzer-Ausschuß ist vor der Bildung von Kammern, vor der Geschäftverteilung, vor der Verteilung der Beisitzer auf die Kammern und vor der Aufstellung der Listen über die Heranziehung der Beisitzer zu den Sitzungen zu hören. Er kann auch im übrigen den Vorsitzenden des Arbeitsgerichts und den die Verwaltung und Dienstaufsicht führenden Behörden Wünsche der Beisitzer übermitteln.

Die billigen Schuhe im Schaufenster.

Nicht selten muß das Publikum die unliebsame Erfahrung machen, daß es Gegenstände, die im Schaufenster ausgestellt sind, im Laden überhaupt nicht bekommen kann, oder nur zu erheblichen höheren Preisen als im Fenster angeündigt. Eine solche Geschäftspraxis ist unläuterer Wettbewerb. Ein Schuhkaufmann auf der Sandstraße hatte im vorigen Jahre in seinem Schaufenster Schuhe ausgestellt und mit einem Preise von 8,50 Mark ausgezeichnet. Außerdem hatte er noch dazu geschrieben, daß auch Maßanfertigung zum gleichen Schaufensterpreis erfolge. Als nun jemand in den Laden kam, um sich solche Schuhe nach Maß anfertigen zu lassen, wurden ihm aber 4 Mark mehr abverlangt, da eine Maßanfertigung teurer sei, als die fabrikmäßig hergestellten Schuhe. Somit hatte der Kaufmann etwas Falsches angeündigt, um den Anschein eines besonders günstigen Angebots hervorzuheben. Die Folge war die Einreichung eines Strafantrages im Privatklagenverfahren. Der Einzelrichter hielt unläuterer Wettbewerb für vorliegend und erkannte auf eine Geldstrafe von fünfzig Mark, indem er den Einwurf des Beklagten, daß sich die Ankündigung lediglich auf solche Fälle bezogen habe, wo die gewünschten Größen nicht mehr am Lager waren, als nicht stichhaltig zurückwies. Wenn der Beklagte solche Ankündigungen machte, mußte er sie auch ausführen.

Strafbare Selbsthilfe.

Auf einen recht eigenartigen Einfall war der 22 Jahre alte Fleischermeister M. verfallen, um zu dem ihm zustehenden Lohne zu kommen. Vom 15. März bis zum 2. Juni war er bei dem Dienstherrn M. a. l. h. beschäftigt. Nach seinen Angaben bezog er einen Wochenlohn von 15 Mark bei zehn- bis zwölfstündiger Arbeitszeit, während ihm tariflich bei achtstündiger Arbeitszeit 20 Mark Wochenlohn zustanden. Am 2. Juni in den Besitz des Ausfalls zu legen, stahl er am 2. Juni aus der Kuchelle seines Meisters ein halbes Schwein im Werte von etwa 150 Mark und verkaufte es zum Teil. Als der Diebstahl entdeckt wurde, konnte dem Fleischermeister noch ein Teil des Fleisches zurückgegeben werden, jedoch ihm nur ein Schaden von 30 Mark entstand. M. wurde am 6. Juni in Untersuchungshaft genommen und am Dienstag dem Kleinen Schöffengericht zur Urteilsverteilung vorgeführt. Der Angeklagte war geständig. Das Urteil gegen ihn lautete auf sechs Wochen Gefängnis. Auf diese Strafe wurde ihm ein Monat als Verbüßt angerechnet.

Den Schlafkollegen befohlen.

Am Sonntagabend, den 9. Oktober vorigen Jahres kam der 62 Jahre alte Arbeiter B. von seiner Arbeitsstelle etwas angegriffen in seine Schlafkammer, die er mit dem 63 Jahre alten Arbeiter August Müller teile. Er legte seine Geliebte mit dem Arbeitslohn von 26 Mark auf den Tisch und legte sich dann zu Bett. Am nächsten Tage mußte er die Entdeckung machen, daß ihm die Geliebte gestohlen worden war. Er legte dies dem Müller auf den Kopf zu, und dieser gab ihm dann auch das Portemonnaie mit einem Restbetrag von 6,30 Mark zurück. Müller stand am Dienstag vor dem Einzelrichter, um sich wegen Diebstahls zu verantworten. Er verbüßt zurzeit eine Strafe. In Anbetracht des großen Vertrauensbruches einem Schlafkollegen gegenüber erkannte der Richter auf zehn Tage Gefängnis.

Mit dem Rasiermesser immer verlegt.

Am Mittwochabend die 36 Jahre alte Witwe Anna Jaegeritz vor dem Großen Schöffengericht, um sich wegen gefährlicher Körperverletzung zu verantworten. Sie hat in den Morgenstunden des 15. November vorigen Jahres dem 40 Jahre alten Elektrikanten Kurt P. l. e. n. i. e. r. im Schlaf ihre Verletzungen am Unterleib mit einem Rasiermesser beigebracht. Frau Jaegeritz und P. l. e. n. i. e. r. lebten zusammen, doch soll in letzter Zeit P. l. e. n. i. e. r. die Arbeit gehabt haben, von Frau J. w. a. g. n. i. e. r. hinaus dürfte sich die schwere Last ergeben haben. P. l. e. n. i. e. r. erlitten am Morgen des genannten Tages bei seiner im selben Hause wohnenden Mutter. Da er kurz blutete und über sehr heftige Schmerzen klagte, wurde zunächst die Anästhesie herbeigeholt, die aber keine Linderung brachte. In das Allgemeinkrankenhaus verbracht, da die Verletzungen außerordentlich schwere

Zuständigkeit der Arbeitsgerichte.

Nachdem die Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, der arbeitsgerichtlichen Kammern von Schlichtungsausschüssen und der Annahmschiedsgerichte auf die Arbeitsgerichtsbehörden übergegangen ist, werden alle Interessenten sich eingehend mit der Zuständigkeit der neuen Organisation beschäftigen, um Fehler zu vermeiden und sachgemäße Anträge zu stellen. Die Zuständigkeitsfrage ist in persönlicher, sachlicher und örtlicher Hinsicht zu prüfen.

1. Zuständigkeit in persönlicher Hinsicht.

Parteien des arbeitsgerichtlichen Prozesses sind:

- a) Arbeitnehmer.
- b) Arbeitgeber.
- c) Dritte Personen, die an Arbeitsstreitigkeiten beteiligt sind.
- d) Wirtschaftliche Vereinigungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.
- e) Die Arbeitnehmerschaft, Arbeiterschaft und Angestelltenchaft der Betriebe im Sinne des Betriebsrätegesetzes.

a) Arbeitnehmer im Sinne des Arbeitsgerichtsgesetzes (Arb.G.G.) sind Arbeiter, Angestellte und Lehrlinge. Den Arbeitnehmern sind arbeitsnehmerähnliche Personen gleichgestellt, die in keinem Arbeitsverhältnis stehen, aber im Auftrage und für Rechnung bestimmter Personen Arbeit leisten. Dazu gehören zum Beispiel Hausgewerbetreibende, Versicherungsagenten, Handlungsagenten, auch Zwischenmeister (Faktoren, Ausgeber), die den überwiegenden Teil des Verdienstes aus ihrer eigenen Arbeit am Stille beziehen. Als keine Arbeitnehmer gelten gesetzliche Vertreter von privatrechtlichen oder öffentlich-rechtlichen juristischen Personen und Personengesellschaften (man denke an den Fiskus, die Reichsbank, die Reichsbahn-Gesellschaft, die Gemeinden, Kommunalverbände, die Berufsgenossenschaften, ferner an die nicht rechtsfähigen Vereine, die Gesellschaften des bürgerlichen Rechts, die Kommanditgesellschaften usw.).

Zu den Arbeitnehmern werden ferner nicht gezählt: Personen in ihrer Eigenschaft als Beamte oder als Angehörige des Heeres.

Die Personen der Schiffsbesatzung von Seeschiffen hat man ebenfalls aus der Zuständigkeitsgrenze der Arbeitsgerichte herausgelassen und die Seemannsämter für sie zuständig belassen.

b) Arbeitgeber ist diejenige Partei, die Arbeitsgelegenheit verschafft und dafür den Arbeitnehmern Entgelt bietet.

c) Dritte Personen können insbesondere an mit Arbeitsstreitigkeiten zusammenhängenden Rechtsstreitigkeiten beteiligt sein.

d) Die Arbeitnehmerschaft, Arbeiterschaft, Angestelltenchaft sind die nach Berufsständen zusammengefaßten Personengesellschaften aller Arbeitnehmer oder nur der Arbeiter oder Angestellten des Betriebes, als deren gesetzliche Vertreter dann die Betriebsvertretung bzw. der Arbeiterrat oder der Angestelltenrat auftritt.

2. Zuständigkeit in sachlicher Hinsicht.

Sachlich zuständig sind die Arbeitsgerichte für

- a) Zivilprozesse aus Tarifverträgen und aus un-erlaubten Handlungen auf dem Gebiete des Kollektivrechtes.

Bei den tarifvertraglichen Streitigkeiten kann es sich handeln um Differenzen zwischen Tarifvertragsparteien oder zwischen diesen und Dritten aus Tarifverträgen oder um Rechtsstreitigkeiten über das Bestehen oder Nichtbestehen von Tarifverträgen. Als Rechtsstreitigkeiten aus unerlaubten Handlungen kommen solche in Betracht, die zwischen tarifvertragsfähigen Parteien oder zwischen solchen und Dritten wegen Maßnahmen bei Arbeitskämpfen über Fragen der Konfliktionsfreiheit entstanden sind.

b) Streitigkeiten aus Einzelarbeitsverträgen und aus un-erlaubten Handlungen, soweit diese mit dem Arbeits- oder Lehrverhältnis im Zusammenhang stehen. Die einzelvertraglichen Streitigkeiten betreffen Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern aus dem Arbeits- oder Lehrverhältnis, über den Bestand oder Nichtbestand eines Arbeits- oder Lehrvertrages, aus Verhandlungen über Eingehung eines Arbeits- oder Lehrverhältnisses und aus dessen Nachwirkung (zum Beispiel Ansprüche aus einer Konkurrenzklause für nachträgliche Tätigkeit).

Ausgenommen sind Streitigkeiten, deren Gegenstand die Erfindung eines Arbeitnehmers bildet, so weit es sich nicht nur um Vergütungs- oder Entschädigungsansprüche für die Erfindung handelt.

c) Streitigkeiten der Arbeitnehmer untereinander. Sie betreffen Differenzen der Arbeitnehmer desselben Arbeitgebers aus gemeinsamer Arbeit und werden meistens beim Gruppenakkord vorkommen. Aber auch solche aus un-erlaubten Handlungen, soweit sie mit dem Arbeits- oder Lehrverhältnis in Zusammenhang stehen, kommen in Betracht, man denke zum Beispiel an den Fall, daß ein Arbeiter den anderen bei der Arbeit mit dem Arbeitsgerät schuldhaft verletzt.

d) Entlassungsstreitigkeiten. Es handelt sich hier nicht um die normalen einzelvertraglichen Entlassungs-differenzen (vgl. b), sondern um die Fälle, in denen Klagen erhoben werden nach Einpruch beim Arbeiter- oder Angestelltenrat gegen eine vom Arbeitgeber ausgesprochene Kündigung, die auf Grund der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes (§§ 84 ff.) unberechtigt ist, weil sie zum Beispiel eine unbillige Härte darstellt.

e) Betriebsverfallungsstreitigkeiten. Es kommen in Frage Streitigkeiten über das Erlöschen der Mitgliedschaft in Betriebsvertretungen, über Auflösung von Betriebsvertretungen, über Berufung vorläufiger Betriebsvertretungen, über Bildung und Auflösung gemeinsamer Betriebsvertretungen, über die Festlegung von Strafen auf Grund der Arbeitsordnungsbestimmungen der Gewerbeordnung, über einen Verstoß gegen vereinbarte Richtlinien bei Einstellung von Arbeitnehmern, über Entziehung, Zusammensetzung und Tätigkeit von Betriebsvertretungen und Wahlen aus ihnen, über Entziehung der Zustimmung zur Kündigung und zur Berufung von Betriebsvertretungsmitgliedern.

Aber neben den erwähnten Sachen können eventuell auch andere Klagen vor den Arbeitsgerichten verhandelt werden. Es ist nämlich auch möglich, Klagen vor den Arbeitsgerichten durchzuführen, wenn der darin geltend gemachte Anspruch mit einer bei diesen Gerichten anhängigen oder gleichzeitig anhängig werdenden Rechtsstreitigkeit der zu a bis d erwähnten Art in rechtlichem oder unmittelbarem wirtschaftlichem Zusammenhang steht und für seine Durchführung nicht eine ausschließliche Zuständigkeit gegeben ist.

Auf Grund von Vereinbarungen können auch privatrechtliche Rechtsstreitigkeiten zwischen privatrechtlichen juristischen Personen und ihren gesetzlichen Vertretern, die an sich, wie oben ausgeführt, nicht vor die Arbeitsgerichte gehören, da diese Vertreter (zum Beispiel Vorstandsmitglied einer Aktiengesellschaft) keine Arbeitnehmer sind, vor diese Gerichte gebracht werden.

Andererseits kann bei einem großen Teile der vor den Arbeitsgerichtsbehörden zu verhandelnden Streitigkeiten die Zuständigkeit durch Schlichtungsvertrag und Vereinbarung ausgeschlossen werden.

3. Zuständigkeit in örtlicher Hinsicht.

Die örtliche Zuständigkeit, also welches Arbeitsgericht anzurufen ist, richtet sich nach den allgemeinen zivilprozessualen Vorschriften. In erster Reihe kommt bei natürlichen Personen der Wohnsitz des Beklagten in Betracht, bei fehlendem Wohnsitz der Aufenthaltsort oder letzte Wohnsitz. Hat der Beklagte eine gewerbliche Niederlassung, von der aus unmittelbar Geschäfte geschlossen werden, so können auf den Geschäftsbetrieb der Niederlassung bezügliche Klagen bei dem für die Niederlassung maßgebenden Arbeitsgericht erhoben werden.

Der allgemeine Gerichtsstand von Gesellschaften, Genossenschaften, Anstalten, Gemeinden, Korporationen wird durch deren Sitz bestimmt.

Es kann ferner nebenher als Gerichtsstand bei vertraglichen Verpflichtungen das Gericht des Erfüllungsortes in Betracht kommen, bei unerlaubten Handlungen der Gerichtsort derartiger Handlungen. In den Streitigkeiten aus dem Betriebsräte-gesetz (oben a) ist das Arbeitsgericht zuständig, in dessen Bezirk die Betriebsvertretung ihre Geschäfte führt oder führen soll.

Alle diese persönlichen, sachlichen, örtlichen Bestimmungen werden die Beteiligten genau beachten müssen, wenn sie gerichtlich vorgehen wollen. In Zweifelsfällen erhalten sie bei den Arbeitersekretariaten oder auf den Geschäftsstellen der Arbeitsgerichte sachgemäße Auskunft.

waren. Die Frau hatte als Grund für ihre Tat angegeben, daß H. persers verlangt sei und sie ihn davon habe abbringen wollen. Das Gericht kam zur Vertagung der Verhandlung, indem es dem Antrage des Verteidigers stattgab, die Angeklagte auf ihren Geisteszustand beobachten zu lassen, da sie sich allem Anschein nach öfter in einer gewissen Bewußtlosigkeit befindet, weil sie sich selbst schon Verletzungen mit dem Messer beigebracht hat. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

An andere Leser!

Als Sonderbeigabe wird heute die Rede des Genossen Giffert auf dem Kieler Parteitag angegeben. Die Buchbeigabe erfolgt am 15. Juli. Werbt inzwischen noch fleißig neue Abonnenten!

Woga?

Die Studentenschaft der Technischen Hochschule Breslau hat folgende Entschließung gefaßt, nachdem Professor Heilrich versichert hatte, daß Deutschland nicht schuld am Kriege gewesen sei:

Der 28. Juni der Tag, an dem 1914 in Serajewo die ersten verhängnisvollen Schüsse des Weltkrieges fielen, an dem man fünf Jahre später ein wehrlos gemachtes Volk zur Unter-schrift unter das Versailles Diktat zwang, sei als schwerster Schicksalstag im deutschen Volk nie vergehen. Nach immer soll die Frage nach dem deutschen Kriegswillen und deutscher Schuld, von deutscher und ausländischer wissenschaftlicher Forschung längst entlarvt, das Versailles Diktat und den Fluß über das deutsche Volk begründen. Die deutsche Studentenschaft erhebt heute, darin einig mit dem ganzen deutschen Volk, wiederum den Ruf gegen das expressive Schuldbekenntnis und wird ihn nicht verklingen lassen, ehe der Vorwurf der Kriegsschuld endgültig von uns genommen und der Vorwurf Recht und deutsches Ansehen vor aller Welt wieder hergestellt sind.

Unseres Erachtens sollten sich die Studenten anderen Kammern machen, denn daß Wilhelm und seine Kumpane einen großen Anteil von Schuld am Kriege haben, steht fest. Die Mitschuldigen aber sind es gerade, die heute die deutsche Kriegsschuld am meisten leugnen. Doch, es handelt sich nicht, die Karole aller Verantwortlichen lautet heute: Nie wieder Krieg! Hat Herr Heilrich etwa in der Besprechung die Parole: „Die Waffen nieder!“ mit verfochten? Nein, er hat „Siegen“ gewollt und möchte auch in Zukunft wieder Siegen.

Neurophysiologischer Verein Breslau.

In der Sitzung vom 30. Juni hielt nach einigen geschäftlichen Mitteilungen des Vorsitzenden Herr Universitätsprofessor Dr. Reubert einen zur Grundlage eines Kolloquiums bezüglichen Vortrag über „Die französische Klaffe und ihre geistigen und körperlichen Grundlagen“. Er ging davon aus, daß die französische Klaffe in Deutschland im allgemeinen noch nicht richtig gewertet wird, während die Franzosen sie für sich allein hoch einschätzen. Den richtigen Ausgangspunkt für eine möglichst objektive Betrachtung ihrer Eigenart und ihrer geistig-körperlichen Stellung vermitteln. In anschließenden, gestellten, dabei im Urteil vorläufigen Ausführungen währte der Vortragende dann das Ergebnis einer solchen Betrachtung auf Grund seiner eigenen Soudforschung.

Die Versammlung beschloß, das Kolloquium über den Vortrag nicht gleich anzuschließen, sondern die in ihm herausgestellten Gesichtspunkte in zwei späteren, nur der Aussprache gewidmeten Abenden an bestimmten hervorragenden Werken der französischen Klaffe durchzusprechen.

Bund der Freidenkerjugend.

Heut, Donnerstag, treffen wir uns 19 1/2 Uhr am Kanal hinter der Bauphiliengelei. Instrumente, Spielgeräte und Badetuben sind mitzubringen. Sonntag, den 10. Juli: Nachfahrt nach Johannesberg. Treffen: Sonnabend, 20 Uhr, am „Letzten Keller“.

Neuerwerbungen der Stadtbibliothek.

Leihstelle Kothmarkt 7/9. Geöffnet werktäglich von 9-2 Uhr.
Adreßbuch der fremdsprach. Zeitschriften und Zeitungen. Bearb. v. Fr. Vogelgang. 27. — Dreger, A.: Bücherverzeichnis der Alpenvereinsbibliothek. 27. — Gesamtverzeichnis der ausländ. Zeitschriften. 1914-1924. Lief. 1. 27. — Harms P.: Die Zeitung von heute. 27. — Rafian J.: Neuestamentliche Theologie. 27. — Rüdiger Fr. u. D. M. Riederich: Kalorius Zerberger und seine Zeit. 27. — Pietisch P.: Evangelium und Epistel Leuth. Die gedr. hochdt. Perikopenbücher 1478-1523. 27. — Rohlfmann D.: Erscheinungsformen der Seelen. Hrsg. von G. H. Heger. 27. — Messer A.: Wissenschaftlicher Okkultismus. 27. — Wellrich C.: Bergzeitung. Hrsg. v. H. Haupt. 27. — Fried G.: Bildungssysteme der Kulturvölker. 27. — Lindley B. B. u. M. Evans: Die Revolution der modernen Jugend. 27. — Mangel G.: Ratgeber f. preuß. Volksschullehrer und Lehrkräften. 27. — Gritsch R.: Das deutsche Eisenbahnrcht. 27. — Haischel J.: Lehrbuch d. dt. u. preuß. Verwaltungsrchts. 5. u. 6. Aufl. 27. — Heib D.: (u. a.) Arbeitsgerichtsgesetz. 27. — Jacobi G.: Grundrissen des Arbeitsrechts. 27. — Lehmann H.: Gläubigerbuch. 26. — Olschhausen J. v.: Kommentar zum Strafgesetzbuch f. d. dt. Reich. 11. Aufl. 27. — Ott S.: Das Grundwerbsteuergesetz. 3. Aufl. 27. — Schlegelberger G.: Die Gesetze u. d. Angel. d. freim. Gerichtsbarkeit. 3. Aufl. v. Romm. v. Schulze-Görlich u. Obernd. Bd. 1. 27. — Schulzenstein u. Dieben: Die Vorzugsrente. 27. — Eguber G.: Die statistischen Forschungsmethoden. 2. Aufl. 27. — Giese Fr.: Handwörterbuch der Arbeitswissenschaft. Lief. 1. 27. — Giovannioli Fr.: Die Arbeiterbewegung. 25. — Schacht H.: Die Stabilisierung der Mark. 27. — Spielhagen W. und A. Jellen: Der Reichshaushalt 1927. 27. — Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges. Hrsg. v. J. T. Schotwell. Deutsche Serie. Hrsg. v. C. Meißner (u. a.). 1-3. 27. — Zweig A.: Caïban od. Koiriit u. Seidenchaft. 27. — Hanslian A.: Der heimliche Krieg. 2. Aufl. 27. — Schloßmann A. u. M. Fraenkel: Ge-So-Vel. Große Ausstellung Düsseldorf 1926 für Gesundheitspflege. Bd. 1. 2. 27. — Schmidt F. A.: Unser Körper. 7. Aufl. 27. — Matthias G.: Tennis. 27. — Kantis: Der künstlerische Lebenslauf der Völker. 27. — Reiche G.: Die Sage vom Troischen Kriege. 27. — Hauschle D.: Die Ausfahrt. Ein Buch neues dtisch. Dichtung. Reihe 1. 27. — Korte H.: Geschichte d. bish. Jugendliteratur. 4. Aufl. 27. — Ronnos: Dionysia. Dt. v. Th. v. Scheffer. Pfg. 1. 2. 27. — Roethe G.: Deutsche Reden. 27. — Weste C.: Priester

Schweres Eisenbahn-Unglück im Harz.

Der Brockenzug entgleist und abgestürzt. — Die Zahl der Toten noch nicht festgestellt. Viele Verletzte.

Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich am Mittwochabend auf der Harz-Bahn, die von Nordhausen nach Weimarerode führt. Nachmittags ging ein Wolkenbruch über den Harz nieder, durch den die Harzbäche reichlich anschwellen. Dadurch wurde die Harz-Querbahn zwischen Drei-Annen-Böhe und Steinerne Renne unterbrochen, so daß ein Zug entgleiste. Außer der Lokomotive und dem Pufferwagen stürzten auch mehrere der Personenwagen ab. Der Lokomotivführer Gierke und der Heizer Schmidt aus Nordhausen, sowie Regierungsbaumeister Meyer und Bautechniker Bötzke, beide aus Weimarerode, die den Zug wegen der Gefährdung der Bahnstrecke begleitet hatten, fanden bei dem Absturz der Maschine in die Fluten den sofortigen Tod. Auch von den Reisenden sind einige tödlich verunglückt und noch unter den Trümmern der umgestürzten Wagen begraben. Die Zahl der Verletzten ist ebenfalls sehr groß, doch sind die Verletzungen nicht schwer, so daß bei keinem der Verletzten Lebensgefahr besteht. Zehn Personen wurden in das Krankenhaus Weimarerode eingeliefert. Unter ihnen befinden sich Frau Kadelitz aus Uthleben bei Nordhausen, Frau Balke aus Berlin-Köpenick, Herr Rosenhagen aus Berlin, Frau Salomon und Herr und Frau Brabant aus Wittenberge, Herr Leonhard aus Vlingen und Willy Hister aus Hildesheim. Der Zug war infolge des Berinderverkehrs außergewöhnlich stark besetzt. Das Unglück ereignete sich kurz nach der Ausfahrt aus einem Tunnel, das den Harzreisenden durch seinen wunderbaren Taublick bekannt ist. Hier gab es die unterirdische Gleise nach, und die Lokomotive stürzte, mehrere Wagen mit sich reisend, in die Tiefe des Baches an der Steinerne Renne.

Die „Vossische Zeitung“ gibt folgende kurze Schilderung eines Augenzeugen:

„Der Brockenzug, der neben einem Pufferwagen sieben Waggons mit sich führte, fuhr kurz nach 6 Uhr von Drei-Annen-Böhe bergab in Richtung Steinerne Renne. In der Mitte zwischen beiden Stationen befindet sich ein großer Tunnel. Der Zug hatte eben diesen Tunnel passiert, als die Lokomotive plötzlich ins Rutschen geriet und bei einer kleinen Biegung aus den Gleisen herausrang. Ich selbst stand auf der Plattform des Zwischenwagens und sah mit einem Mal, wie der Wagen 2. Klasse vor mir sich losriß und mit dem Lokomotive und dem Gepäckwagen die Böschung hinabstürzte. Gleichzeitig riß sich der Wagen, in dem ich war, zur Seite und kippte langsam um. Ich selbst fiel von der Plattform, bin aber wie durch ein Wunder unverletzt.“

Nachdem ich mich ausgerichtet hatte, bemerkte ich erst, was eigentlich passiert war. Das Umfallen des Waggons, in dem ich mich befand, hatte glücklicherweise verhindert, daß die weiteren fünf Waggons, die voll besetzt waren, ebenfalls die Böschung heruntergestürzt wären.

Im nächsten Augenblick entstand eine unbeschreibliche Panik. Alle Fahrgäste eilten aus den Waggons und liefen laut schreiend umher. Von der Lokomotive, dem Gepäckwagen und dem Wagen 2. Klasse sah man nur noch mehr als 100 Meter unterhalb der Unfallstelle die Trümmer aus der Höhe herabstrahlen.“

Schwerer Verkehrsunfall bei Gleiwitz.

Nach einer Meldung des Polizeipräsidenten von Gleiwitz sind in der Nacht zum 3. Juli auf der Tarnowitzer Chaussee durch den Führer einer Kraftfahrmaschine mehrere Personen, darunter eine tödlich, verletzt worden. Die Schuldfrage an dem Unglücksfall konnte noch nicht einwandfrei geklärt werden. Um die fragliche Zeit soll eine Truppe Wandervogel die Stelle passiert haben.

Straffer zweimal zum Tode verurteilt.

Im Harburger Mordprozess wurde am Mittwochabend das Urteil gefällt. Der Angeklagte David Straffer wurde wegen Mordes an seiner Frau und seinem Sohne zweimal zum Tode verurteilt. Gleichzeitig hatte jedoch das Gericht einstimmig beschlossen, beim Staatsministerium die Begnadigung des Verurteilten zu beantragen. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß beim Tode der Frau sowohl wie des Sohnes Selbstmord und Unglücksfall nach dem Gutachten der Sachverständigen völlig ausgeschlossen seien. Die Schülfe seien in beiden Fällen von dritter Hand abgegeben worden, nämlich vom Angeklagten. Das Motiv der Tat sei in der schwierigen Vermögenslage zu suchen. Straffer habe gehofft, durch den Tod von Frau und Sohn in den Besitz der hohen Versicherungssumme zu kommen.

Noch ein Todesurteil.

Von dem Schwurgericht in Gotha wurde der Schlächter Beder aus Anstadt wegen Mordes zum Tode und dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Beder hatte gemeinsam mit der Ehefrau Hartmann deren Ehemann, den Fleischermeister Hartmann, auf bestialische Weise in der Nacht zum 12. Februar 1927 in Anstadt ermordet und die Leiche zerstückelt. Frau Hartmann wurde wegen Beihilfe und Begünstigung zum Tode zu einer Zuchthausstrafe von zwölf Jahren und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zehn Jahren verurteilt.

Eine große Handbau-Ausstellung in Dresden.

In Dresden wird auch in diesem Jahre vom 22. bis 31. Oktober eine Handbauausstellung in den Räumen des Städtischen Ausstellungspalastes stattfinden, an der alle in Betracht kommenden Interessenten teilnehmen werden. Mit der Ausstellung soll eine wissenschaftliche Abteilung verbunden werden. Gilmernachrichten, Lichtbilder und Experimentalanordnungen werden den Ausstellungsbesuchern die Bekanntschaft mit der Handarbeit vermitteln.

Tödlicher Jagdunfall.

Als der Berliner Kaufmann Wollbrant in Kirschbühl bei Brandenburg an der Havel nach beendeter Erntearbeit aus dem Boot ans Land steigen wollte, verlor er sein Gewicht so unglücklich am Boot, daß ein Schlag ins Genick die sofortige Todesursache wurde und ihn auf der Stelle tötete.

Der verurteilte „Wittener“ Mörder.

Im Laufe des heutigen Vormittags wurde der verurteilte Einbrecher Wittner weiteren Zeugen gegenübergestellt, wobei er von zahlreichen Aussagen einwandfrei erwiderte. Bei einer nachträglichen Durchsicht des Quartiers, in dem Wittner und Wüster gehaust hatten, fanden die Beamten im Oberen Stock der Städtischen Sparkasse einen Koffer, der von den Einbrechern erbeutet worden war. Wittner wurde durch diesen Fund in die Bekanntschaft Wüsters überführt, was er im Laufe der Vernehmung angedeutet habe. Bei weiteren Zeugenvernehmungen wurde nun auch die Wittenerin Wittner bei dem Einbruch verurteilt.

Schweres Familienverbrechen.

In Weimarerode ereignete sich ein mit einem Arbeiter zusammenhängendes Verbrechen. Eine mit einem Arbeiter zusammenhängende Ehefrau ihrer beiden Jahre alten Kinder ermordete sie. Die Leiche wurde in einem Koffer versteckt und in einem Brunnen geworfen. Die Täterin wurde durch den Fund eines Koffers in dem Brunnen gefasst.

Der sinkende Berg in der Eifel.

Die Döllenborjer Höhe ist bekanntlich, wie seinerzeit mitgeteilt wurde, in ihrem Mittelstück zwischen der Höhe und dem Eisfernsberge in einer Breite von ungefähr 750 Meter im Sinken. Bereits vor fünfzig Jahren wurde ein Sinken des Berges beobachtet. Im Jahre 1926 wurde festgestellt, daß der Berg seit zehn Jahren um 10 Meter gesunken ist. In wissenschaftlichen Kreisen wird die Erscheinung auf die Bewegung des Grundwassers zurückgeführt.

Professor Dr. Albrecht Kossel gestorben.

In Heidelberg starb im Alter von 73 Jahren der bekannte Forscher auf dem Gebiete der physiologischen Chemie und Hygiene, Geheimrat Professor Dr. Albrecht Kossel, der besonders auf dem Gebiete der Eiweißforschung zahlreiche wichtige Entdeckungen gemacht hat. Der Verstorbene leitete bis zuletzt das Institut für Eiweißforschung und hatte im Jahre 1910 den Nobelpreis für Medizin erhalten. Er war Mitglied zahlreicher in- und ausländischer wissenschaftlicher Gesellschaften, Ehrenvorsitzender der Heidelberger Akademie der Wissenschaften und Ehrendoktor mehrerer Universitäten, darunter einiger englischer.

Durch eine Luftbombe tödlich verletzt.

In Rheinhausen wurde eine zehnjährige Schülerin, die mit mehreren Knaben spielte, durch einen Schuß aus einer Luftbombe, die sich selbst entladen hatte, getötet.

Zusammenstoß zwischen Straßenbahn und Lastauto.

Ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Lastauto ereignete sich heute vormittag auf der Heerstraße in Berlin-Charlottenburg. Der Anprall war so stark, daß der Kraftwagen sich tief in die Erde einbohrte und mit gebrochener Achse liegen blieb. Bei dem Straßenbahnwagen wurde der ganze Vorderperron abgerissen; alle Scheiben wurden zertrümmert. Fünf Fahrgäste erlitten durch Glasscherben stark blutende Schnittwunden.

Der Meineidfabrikant.

Ein furchtbares Bild moralischer Verkommenheit und Skrupellosigkeit ergab ein Meineidprozess, der fünf Tage das Koburger Schwurgericht beschäftigt hat. Angeklagt war der Möbelhändler Eckardt aus Deslau bei Koburg, dessen Ehefrau, seine Nichte und sieben ehemalige Lehrlinge. Seit 1909 betrieb Eckardt die Verleitung seiner Angehörigen und der Lehrlinge zum Falschheid. Um gefälschte Wertgegenstände für seine Verbrechen zu bekommen, stellte er fast ausschließlich Lehrlinge ein, die keine Eltern mehr hatten. So kam es, daß Eckardt jedesmal seine Prozesse gewann. Eckardt erhielt 12 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust, seine Frau 6 und seine Nichte 4½ Monate Gefängnis. Zwei der Lehrlinge wurden mit 1 Jahr Zuchthaus bestraft, während die übrigen freigesprochen wurden.

Unfall einer Fallschirmspringerin.

Auf dem Flugplatz Staaken verunglückte gestern Abend beim Fallschirmabprung ein Fräulein Knuth aus Duisburg. Sie erlitt bei der Landung einen Knöchelbruch, der ihre Einlieferung in das Spandauer Krankenhaus erforderlich machte.

Benachteiligte Gründung einer Weiserflughafen-Gesellschaft.

Nachdem die im Juli-August 1926 mit Hochseeflugbooten durchgeführten Versuche zwischen der Unterweiser und Helgoland die Eignung der Unterweiser bei Bremerhaven, Weiserküste und Biegen für den Start und die Landung von Hochseeflugbooten erwiesen haben, haben sich die Uferstaaten mit dem Reich, den Unterweiserstaaten der Luftverkehrs A.-G. Niederlande und dem Norddeutschen Lloyd über die Gründung einer Weiserflughafen-Gesellschaft verständigt, indem sie davon ausgehen, daß die Unterweiser als hervorragendes Ausfallort für den Ueberseepost- und Passagierverkehr nicht auf die Eingliederung des jüngsten Verkehrsmittels verzichten kann, falls es sich in Zukunft als bedeutungsvoller Verkehrsfaktor erweisen sollte. Im Hinblick auf die Unübersichtlichkeit der Entwicklung des Weiserflugverkehrs sollen jedoch nur die verhältnismäßig geringen Mittel von insgesamt 250 000 Mark für Anlagen in bescheidenem Maße aufgebracht werden. Davon entfällt auf Bremen ebenso wie auf die übrigen beteiligten Uferstaaten 50 000 Mark, die der Bremische Senat bei der Bürgerhaftung jetzt anfordert.

Selbstmord eines Viehespaars.

Aus dem Rhein-Herne-Kanal wurden zwei Leichen gefand, die mit einem Hosenröhrer zusammengebunden waren. Wie die polizeilichen Ermittlungen ergaben, handelt es sich um einen von seiner Frau getrennt lebenden Händler und seine Geliebte, die gemeinsam den Tod gesucht haben.

Ueber tausend Briefe unterschlagen.

Der seit 32 Jahren bei der Reichspost in Erfurt beschäftigte Postbeamte Wobberer hatte seit Herbst 1925 bis zu seiner Verhaftung am 25. Mai 1927 fünfzigtausend Briefe unterschlagen, bezahlt und vernichtet. Obgleich er auf diese Weise mindestens tausend Briefe befreite, erbenete er nur im ganzen etwa 300 Mark.

Vom Fährerloch erschlagen.

In Gonderhausen wurde auf dem Schacht 1 der Haverhahn-Glückauf der 24 Jahre alte Bergmann Ernst Hildebrandt, der unter Tage beschäftigt war, von einem seillos gewordenen Wagen zu Tode geschleift. Ein zweiter Bergmann, der 44 Jahre alte Otto Bier aus Stöckhausen, wurde schwer verletzt.

Das teuerste Tänzerpaar der Welt.

Die Londoner Gesellschaft rast vor Begeisterung, so unweifelhaft das für den Renner-Ring, über das französische Tänzerpaar Kojeray und Capella. Jeden Abend in einem kleinen Saal des Hotels Savoy gibt das wirklich hervorragend schöne, und man sagt, auch außergewöhnlich gut tanzende Paar eine Vorstellung. Nach ihr steigen Lords und Ladies, also die Tradition zurückhaltendsten Menschen der Welt, auf Tisch und Stühle, um den Künstlern ihre Ovationen darzubringen. Wie zu diesen Vorstellungen müssen wochenlang vorher bestellt werden — und zu welchen Preisen! Das Pärchen hat es nämlich verstanden, sich seinem Wert entsprechend bezahlen zu lassen. Es hält für sechs Vorstellungen in der Woche 420 Pfund, das heißt 8400 Reichsmark oder 1400 Mark pro Vorstellung. Caruso, der größte Knastphänomen seiner und wahrscheinlich aller Zeiten, in Europa als höchstes Honorar 2500 Mark pro Abend erhalten, in Amerika allerdings verlangte und bekam er 2000 Dollar. Kamlanna dürfte mit ihrem ganzen Staffe pro Abend nicht mehr verdienen als diese jungen Künstler, die allerdings in ihrer Art etwas ganz Neues und Außergewöhnliches darstellen sollen.

Ultraviolette Strahlen — das Mädchen für alles.

Auf einer Sitzung der britischen pharmazeutischen Vereinigung in Brighton wurde unter anderem die Mittelteil gemacht, daß in England ultraviolette Strahlen zur Herstellung von Bier verwendet werden. Dabei habe sich herausgestellt, daß die Gärungszeit um 25 Prozent geringer sei und die Gärung bei niedrigerer Temperatur stattfindet. Auch sei die Qualität des Bieres besser und die Aufbewahrungsmöglichkeit größer.

Sein letzter Wunsch.

Einen sonderbaren letzten Wunsch äußerte ein Todeskrankennamens Ibrahim in Tirana, ein kleines Männchen, das aber einen Morde auf dem Gewissen hatte. Als er unter dem Galgen stand und die in Albanien üblichen letzten Minuten zur Weigerung eines Wunsches eingeräumt erhielt, hat er sich aus, noch einmal nach Herzenslust auf die Polizei schimpfen zu dürfen. Darauf wandte sich Ibrahim zur Menge und legte los, um erst zu enden als die letzte Sekunde der Galgenfrist geschlagen hatte. „So wie ich auf die Welt zurückkam“, schrie er, „soll die Schlinge um den Hals, werde ich es ihr heimzahlen!“

Unfall eines französischen Torpedobootes.

Das Torpedoboot „Bouclier“, das gestern vormittag in Toulon mit Mitgliedern des Flotten- und Kolonialbundes Bord zu einer Unterrichtsfahrt ausgelaufen war, ist in der Nähe von Kap Sici gestrandet. Die Insassen des Schiffes konnten sicherheit gebracht werden. Bisher ist es noch nicht gelungen, das Schiff wieder flottzumachen.

Schwere Wut eines Geisteskranken.

Die Blätter melden aus Drense: In dem Dorfe Jaramont erstarrt in seinem Hause ein junger Mann in einem Anfall von Geistesverwirrung seine Mutter, seine Verlobte und einen Nachbarn. Auf der Straße tötete er dann einen Passanten und verletzte sechs andere schwer, darunter ein kleines Mädchen. Der Mörder wurde erst nach langem Widerstand überwältigt.

Der Unglücksfall bei den „Quo vadis“-Aufnahmen vor Gerico.

Bei den Aufnahmen für den Film „Quo vadis“ wurde im Februar 1924 ein Statist durch den Löwen eines deutlichen Dompteurs getötet. Gestern wurden die Gerichtsverhandlungen über diesen Fall in Rom beendet. Der Besitzer des Films wurde freigesprochen, der Dompteur Schneider zu sechs Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt.

Todesurteil gegen fünf russische Raubmörder.

In Artemowik im Donezgebiet wurden fünf Anführer der Raubmörderbande „Schwarze Maske“ zum Tode und zehn Raubmörder zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Schwerer Motorradunfall.

Gestern Abend stießen außerhalb der Stadt Bernstorf zwei Motorradfahrer aus Zellingen und Koblenz mit voller Wucht zusammen und trugen schwere Verletzungen davon. In ihrem Ankommen wird gemeldet.

Ermordung des Vorsitzenden des brasilianischen Blochs.

Der Präsident des brasilianischen Blochs, dessen Dampfer den Dienst zwischen Europa und Rio de Janeiro versehen, Cuatrecasas Guimarães, ist vom ersten Mann des Dampfers Curvelo ermordet worden.

Zugzusammenstoß in Amerika.

Im Tale des Hudson, ungefähr 50 Meilen von New York entfernt, fuhr ein Schnellzug auf einen Güterzug auf, wobei vier Personen getötet und etwa 30 verletzt wurden, darunter mehrere schwer.

Grace gibt auf.

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Chicago hat der Flieger Grace seinen geplanten Flug von Honolulu — San Francisco infolge des Fehlschlagens des Probefluges aufgegeben.

Großer Hotelbrand in einem amerikanischen Badeort.

In Atlantic City wurden gestern nachmittags sechs Strandhotels durch Feuer zerstört. Die zahlreichen Gäste kamen, soweit bekannt ist, ohne Verluste davon. Der finanzielle Schaden ist nicht groß, da die Hotels aus Holz gebaut waren.

Unglücksfälle am amerikanischen Unabhängigkeitstag.

Ein Telegramm der „Chicago Tribune“ aus New York berichtet, daß die Menschenansammlungen gelegentlich der Festlichkeiten für Begehung des Unabhängigkeitstages an verschiedenen Punkten der Vereinigten Staaten zu Unglücksfällen führten. Es seien insgesamt 20 Personen um das Leben gekommen, davon 12 ertrunken und 8 überfahren.

Die Arbeiterolympiade in Prag.

hat einen glänzenden Verlauf genommen. Die Aufmarsch und die Freiübungen der Festtafeln von Arbeiterportlern aller Länder gaben ein überaus würdiges Bild. Unter den Klängen der internationalen Hymnen zogen die Gruppen ihren Marsch auf den Tribünen vorbei, in deren Loge auch der Staatspräsident Masaryk, der die rote Schleife der Internationalen Arbeiter-Olympiade trug, saß. In die Massen-Freiübungen, von denen unser Bild einen Auschnitt zeigt, schloß sich ein Festspiel „Durch Arbeit zur Freiheit“, eine symbolische Szenenreihe von Arbeiterkämpfen, Unterdrückten und ihren Freiheitskämpfern, die glänzend dargestellt wurde.

Stellen Situationen gar nicht wird anfangen können. (Zusammenfassung)
Das Wort von der blutigen Demokratie ist aber nicht nur historisch, sondern auch von dem Standpunkt der sozialen Demokratie...

Stichtisch betrachtet ist doch die Demokratie heute die Sache der Arbeiterklasse
Die Demokratie ist aber kein bloßes Schlagwort, sondern eine lebendige Bewegung...

Die Demokratie — Sache der Arbeiterklasse

Stichtisch betrachtet ist doch die Demokratie heute die Sache der Arbeiterklasse
Die Demokratie ist aber kein bloßes Schlagwort, sondern eine lebendige Bewegung...

Stichtisch betrachtet ist doch die Demokratie heute die Sache der Arbeiterklasse
Die Demokratie ist aber kein bloßes Schlagwort, sondern eine lebendige Bewegung...

Stichtisch betrachtet ist doch die Demokratie heute die Sache der Arbeiterklasse
Die Demokratie ist aber kein bloßes Schlagwort, sondern eine lebendige Bewegung...

Entwicklung, die sich in der Industrie vollzogen hat, ist so für neue Industrien überhaupt das erste Wort, mit dem sie in die Welt treten.

Ein dritte charakteristische Tatsache ist die Internationalisierung der kapitalistischen Industrie, das Bestreben, die nationalen Monopole, Kartelle und Trusts international zusammenzufassen...

Revolutionisierende Handelspolitik

Gestatten Sie mir eine kleine Abweichung! Wir haben die deutsche Handelspolitik vor allem bekämpft als unnötige Preiserhöhung für die allgemeine Produktion. Aber das eigentlich Revolutionäre in der Handelspolitik der letzten Jahrzehnte vor dem Kriege ist der industrielle Schutz...

Kann hätte man erwarten können, daß durch die Internationalisierung der Kartelle, durch die Ausschaltung der Konkurrenz zwischen den nationalen Wirtschaften, die Schutzollbewegung abflauen würde...

Je höher der Schutzoll ist, desto größer und gefährlicher die Krise, die das nationale Monopol bei der internationalen Monopolisierung für sich in Anspruch nimmt...

Problem der Arbeiterklasse hinstellt. Ich habe gezeigt, wie die Wechselwirkung zwischen Staat und Wirtschaft immer enger werden muß...

Wir kennen den Weg, wir kennen das Ziel! Unsere Ausichten sind gut, die deutsche nationale Rechtsregierung und die Mitwirkung der anderen Parteien bedeuten nichts anderes als die Selbstentlarung der Reaktion...

Diese Entlarung der Reaktion ist begleitet von der Selbstenttarnung der Kommunisten. An den Kommunisten erfüllt sich der Fluch von Halle. Demals habe ich den Leuten gesagt: Ihr werdet untergehen!

Parteilosen, die Kommunisten gehen zugrunde — es mag etwas länger oder etwas kürzer dauern. Ich verstehe, daß die Arbeitslosen, die jahrelang das Verhängnis der Arbeitslosigkeit ertragen haben...

Parteilosen. Ein großer Sieg der Sozialdemokratie erscheint als möglich. Ich sage nochmals: wir kennen den Weg, wir kennen das Ziel. Wenn wir kämpfen unter dem Wahlspruch: Irgend ein sozialistisches Programm, unbeschwerd im Ziele der Eroberung der Staatsmacht...

